

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Folge II

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 17. August 1945

Ein Kommentar zur Lage

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, heißt es in einem Sprichwort. Oftmals aber sind Sprichwörter einseitig und ungenau. Große Ereignisse werfen breite und lange Schatten besonders in die Zeit hinein, die diesen Ereignissen folgt. So ist es auch in unserer Zeit. Der Krieg hat tiefe Spuren hinterlassen, noch begegnet man Verwüstung und Elend auf Schritt und Tritt. Noch liegen wir im Kernschatten des Krieges, das Dunkel in Lebensform und Wirtschaft ist schwärzer als in den Tagen des Krieges selbst. Der Zusammenbruch einer so riesigen Kriegsmaschine bedingt fürs erste eine Arbeitslosigkeit in den Massen des Volkes. Fabriken stehen still, weil sie Kriegsmaterial erzeugt haben oder weil sie zerstört sind, der Austausch lebenswichtiger Güter ist durch die traurigen Verkehrsverhältnisse fast gänzlich unterbrochen. Dadurch steigt die Furcht vor dem Hunger. Bei allem Willen zum Aufbau und bei aller Energie, die gesamten Kräfte des Volkes zusammenzufassen, steht über uns allen für die nächste Zeit das Gespenst der Arbeitslosigkeit und des Hungers. Diese beiden Schreckphantome erwecken in der großen Masse und daher in jedem Betroffenen die tierischen Instinkte der Selbsterhaltung. Der Lebenstrieb der Menschen ist maßlos und schrankenlos. Wenn es gilt, das eigene Leben zu erhalten, ist jedes Mittel recht und die stärkste Ellbogentaktik verständlich.

Die Gespenster des Hungers und der Arbeitslosigkeit müssen vom Staate gemeistert und vertrieben werden. Es ist klar, daß die Staatsführung die verdienten Österreicher in erster Linie mit Arbeit und Brot versorgen wird. Die Freiheitskämpfer, die ehemaligen Konzentrationssträflinge, die Gemäßigten und Geschädigten müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Nach ihnen kommt die breite Masse aller Österreicher, die niemals Parteihänger der Nationalsozialisten waren. Erst in letzter Linie kann Rücksicht genommen werden auf jene, die in irgend einer Form mit dem Nationalsozialismus verbunden waren. Das ist hart, vielleicht nicht einmal erwünscht, aber die Wirtschaftsverhältnisse fordern gebieterisch ihre Rechte. Es bestehen zwar genaue Gesetze über die Behandlung der ehemaligen Nazis, aber wir müssen aus den politischen Reden der verschiedenen Parteien oder selbst aus den Reden einer einzigen Partei sogar entgegengesetzte Auffassungen entgegennehmen.

Wir alle sind ohne Ausnahme der Meinung, daß die schuldigen Nazis bestraft werden müssen. Sie haben so viel Elend über unser Volk und sogar über ihre eigenen freiwilligen oder unfreiwilligen Parteihänger gebracht, daß bei aller Gutmütigkeit des österreichischen Charakters eine strenge Strafe unerlässlich ist. Wir schützen aber verwundert die Köpfe, wenn in unserer Stadt ein Redner erklärt, daß die Mitläufer durch ihren Willen zum Aufbau und durch ihre Arbeit wieder in die Reihen der Österreicher aufgenommen werden, ein anderer Redner die Mitarbeit am Aufbau Österreichs über allen ehemaligen Nazis, auch den kleinen, verbietet. Trotz der eindeutigen Gesetze ist hier ein Gegensatz, der nur aus dem Lebenskampf in einer wirtschaftlich so bedrängten Zeit erklärt werden kann. Schiller sagte einmal: „Mit Menschen kann man nur dann über Kultur reden, wenn sie einen vollen Magen haben.“ Mit anderen Worten: wenn es dem Staate gelingt, die Ernährungs- und Arbeitslage in befriedigendem Sinne zu lösen, dann wird auch nach der Aburteilung der Schuldigen in der vereinten Politik der drei großen Parteien einmal die Stimme der Versöhnung tonangebend werden.

Erste große Kundgebung der Sozialistischen Partei Österreichs in Waidhofen a. d. Ybbs

Am Sonntag, den 12. August d. J., hielt die Sozialistische Partei auf dem Oberen Stadtplatz ihre erste öffentliche Versammlung ab. Mit klingendem Spiel marschierte der lange Zug der Teilnehmer vom Bahnhof in die Stadt. Besonders zahlreich war die Sozialistische Jugend vertreten. Auf weithin leuchtenden Transparenten waren die Parolen der Partei zu lesen: „Wir wollen die Sicherung des täglichen Brotes!“, „Wir wollen ein freies Österreich!“ und „Wir wollen eine echte Demokratie!“. Hinter der rot ausgelegten Rednertribüne war zwischen den Emblemen der Partei ein Bild des Altbürgermeisters von Wien, Karl Seitz, zu sehen. Darunter in großen Lettern der altbekannte Gruß der Sozialdemokraten „Freundschaft“.

Nach der Formierung der Versammlungsteilnehmer um das Rednerpult ergriff der Obmann der Sozialistischen Parteiorganisation in Waidhofen a. d. Ybbs, Genosse Grammugg, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er begrüßte die Teilnehmer, vor allem den Vertreter der Roten Armee und die beiden Redner, die Genossen Slawik und Hellmer.

Dann ergriff Genosse Stadtrat Slawik, der Leiter des Wiener Wohnungsamtes, das Wort zu seiner Rede. Er erinnerte daran, daß im Jahre 1945 das gleiche geschehen sei, wie im Jahre 1918. „Der Sozialist Dr. Karl Renner hat die Regierung Österreichs zum zweiten Male in einem Augenblick übernommen, in dem Österreich als besiegtes Land zu Boden gezwungen ist. Man hat uns Sozialisten nachgeworfen, daß wir keine Vaterlandsliebe haben, aber immer haben wir in der Zeit der Gefahr die Geschicke des Landes in die Hand genommen. Unter unserer Führung wurde nach dem Krieg ein Werk geschaffen, ein Aufbauwerk unter Seitz, Breitner und anderen, das man uns nicht abstreiten konnte und kann, denn es sind steinerne Zeugen, die heute noch aussagen, was ein armes Land, eine arme Stadt unter der Führung von Sozialisten imstande waren zu schaffen. Die Andersgesinnten versuchten zuerst die Wiener Wohnhausbauten zu verspotten und lächerlich zu machen. Man sagte, diese Häuser würden zusammenfallen; als sie aber nicht zusammenfielen, sondern von Jahr zu Jahr neue Wohnungen gebaut wurden und viele Tausende von Familien gesunde und sonnige Wohnungen erhielten, da wurden diese Wohnhausbauten zu „roten Festungen“. Und damit sollten die Kritiker recht behalten. Es hat eben niemand angenommen, daß wir das Linzer Parteiprogramm: „Verteidigung der Demokratie“ unter allen Umständen einhalten würden. Wir haben im Jahre 1934 zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen und die Waffen ergriffen. Damals aber waren wir noch zu schwach gegen die Regierungsgewalt. Man hat unsere Genossen in die Kerker geschickt, aber man hat die Idee des Sozialismus nicht ausrotten können. Bei uns hat der Faschismus am 12. Februar 1934 begonnen. Es war selbstverständlich, daß der politische Weg nur zum Jahre 1938 führen konnte, zum Hitlerfaschismus, und zwar deshalb, weil die größte Organisation in diesem Lande vor vier Jahren aufgelöst worden war. Faschismus ist Krieg, aber nur wenige haben es damals geglaubt. Wie recht wir Sozialdemokraten damals gehabt haben! In der Illegalität hat es Zeiten gegeben, in denen wir glaubten, daß es nimmer weiter gehe. Aber dennoch haben wir die Fahne des Sozialismus weiter getragen

— bis zur Freiheit. Viele von uns haben sich gegen den Krieg gekehrt, es hat in keinem Lande so viele Deserteure gegeben wie in Österreich. Die illegale Bewegung war einfach nicht mehr wegzudenken, sie war auch imstande, wieder eine legale Organisation ins Leben zu rufen.

Heute wollen wir unsere Sozialistische Partei wieder so aufbauen, wie wir sie gehabt haben. Wir werden unsere Sozialistische Jugend so aufbauen, wie wir sie brauchen. Das schließt nicht aus, daß wir mit allen Parteien zusammenarbeiten. Das haben wir in den Kerkern gelernt. Da hat man nicht gefragt, welcher Partei einer angehört. Nicht nur wir haben gegen den Faschismus gekämpft. Länder mit den verschiedensten Ideologien haben sich zusammengefunden, um den Faschismus zu schlagen. Unsere Aufgabe muß es nun sein, daß wir auch in unserem Lande Ordnung und Disziplin zu halten haben. Wir verlangen aber, daß die Nationalsozialisten am Aufbau unseres Landes nichts zu tun haben. Parteimitglieder und Parteigenossen sollen in den nächsten fünf Jahren nicht wählen dürfen und keiner Partei angehören dürfen. Das gilt nicht nur für die Mitglieder der Partei, sondern für alle Faschisten. Das sollten alle großen Parteien des neuen Österreichs beherzigen. Bei aller Loyalität, welche die österreichische Volkspartei bis jetzt bewiesen hat, muß doch gesagt werden, daß sie keinen so klaren Trennungsstrich zwischen den Heimwehrfaschisten und den Nationalsozialisten machen sollte — alle Faschisten müssen gleich behandelt werden. Wir Sozialisten sind bereit, überall mitzuarbeiten, wir wollen mitarbeiten am Aufbau unseres Landes, es kann uns daher nicht egal sein, was produziert wird. Wir verlangen, daß die Schwerindustrie und die Bauindustrie verstaatlicht werden. Ebenso muß alles Gut verstaatlicht werden, das bisher den Faschisten gehörte.

Uns Sozialdemokraten hat man immer Proleten genannt. Wir sind stolz darauf, die Partei der Armen im Staate zu sein; wir sind stolz darauf, die Armen immer am besten vertreten zu haben. Man wollte auch immer eine Kluft zwischen Arbeitern und Bauern schaffen. Wir brauchen beide. Wir alle müssen arbeiten am Aufbau unseres Staates, wir müssen unsere Heimat selber aufbauen, wegräumen sollen die Nationalsozialisten. Wenn alle arbeiten, wird es uns gelingen, unser Land in eine bessere Zukunft zu führen.

Langer Beifall dankte Stadtrat Slawik für seine klaren Ausführungen. Nach seinem Dank an Genossen Slawik, stellte Genosse Grammugg Landeshauptmannstellvertreter Hellmer der Versammlung vor. Genosse Hellmer führte unter anderem aus: „Wenn ich in die Versammlung blicke, habe ich eine große Freude. Ich sehe alte Gesichter und viel Jugend. Nach elfjähriger Pause sind wir wieder beisammen. Als ich das letztemal in Waidhofen sprach, war eine kritische Zeit, in welcher der Heimwehrfaschismus sein Haupt erhoben hatte. In Deutschland hatte sich der Faschismus schon breit gemacht. Als der Faschismus bei uns mit Hilfe der Demokratie hochgekommen war, hat er sein wahres Gesicht gezeigt. Wenn wir im Jahre 1934 den kleinen Faschismus gehabt haben, den „Faschismus der Knirpse“, dann haben wir diesen Faschismus im Jahre 1938 eingetauscht für den „Faschismus der Verbrecher“. Sie haben nicht nur uns, sondern die

ganze Welt ins Unglück gestürzt. Sie haben uns sieben Jahre lang regiert. Wir danken es den Alliierten und besonders der Roten Armee, daß sie diesen Faschismus hinweggefegt haben. Es wurde so viel Leid über uns gebracht, überall Elend und Tod. Durch den Krieg wurden unsere Häuser zerstört, Fabriken unbrauchbar gemacht und Brücken gesprengt. Die Waidhofener können glücklich sein, daß hier so wenig geschehen ist. Aber gehen sie einmal nach Amstetten, St. Pölten, ins Traisental oder gar nach Wien. Was wurde dort alles zerstört! Viele Gebäude und Brücken wurden nicht einmal durch Kriegshandlungen vernichtet, sondern aus bloßer Zerstörungswut. Was hatte die Stephanskirche mit dem Krieg zu tun? Dennoch wurde sie mit Benzin überschüttet und in Brand gesetzt. Die Leute die ausgezogen sind, ein tausendjähriges Reich zu errichten — es waren kurze tausend Jahre, — diese Leute sind verschwunden, und man muß sagen, in schmachlichster Weise verschwunden. Die Frage ist immer, wie man untergeht. Wir sind im Jahre 1934 durch die Kanonen beschützt worden, aber immer hat die Idee des Sozialismus zurückgeleuchtet auf die Menschen. Jetzt sind wir wieder da und wir werden dableiben. Wir haben gelernt, wie man es machen muß, um nie wieder ein 1934 zu erzielen. Der Faschismus ist zu Ende, was er uns hinterlassen hat, sind Trümmer, Schmerzen und Elend.

Heute wollen alle sagen, ich bin ja nie ein Nazi gewesen, ja, es schaut manchmal so aus, als ob wir die Nazi gewesen wären. Diese Leute, die mit dem goldenen Parteiabzeichen herumgelaufen sind, wollen wir uns genauer anschauen. Wir sind als Sozialisten gegen die Todesstrafe, aber wir stehen doch auf dem Standpunkt, daß jeder Nationalsozialist, der an dem Tod eines Menschen schuld ist, in

gleicher Weise behandelt wird. Die Nazi haben Zehntausende in den Tod geschickt, und zwar nicht nur in den Konzentrationslagern allein. Denken Sie daran, was man mit den Juden getan hat. In einer kleinen Gemeinde bei Wr.-Neustadt hat man noch im März dieses Jahres 2600 Juden verhungern lassen. Solche Menschen, die das zulassen, gehören auf den Galgen. Es bleiben die übrig, die mit Filzpatschen gekommen sind. Wir werden natürlich auch diese kleinen Filzpatschennazi prüfen, denn nur zu oft kam es vor, daß so ein unscheinbarer Nazi seinen Nachbar angezeigt hat, wenn er das bekannte Bumbum durch die Mauer hörte. Aber der großen Masse dieser Leute, es hat auch in Waidhofen viele solche gegeben, wird der Weg zurück wieder gebettet. Als Strafe sollen sie fünf Jahre lang kein Wahlrecht haben, schon deshalb, damit keine Partei den Nazi das Godeln kratzen kann und sie als Stimmvieh einfangen kann.

Darüber hinaus haben wir ein wirklich großes Ziel vor uns: Den Aufbau des Staates und den Aufbau der Wirtschaft. Wenn unsere Wirtschaft heute schlecht ist, dann danken wir es dem Nationalsozialismus und dem Führer. Wenn der Staat Österreich leben will, dann müssen die Unterhändler der Regierung nach Ungarn, Rumänien, Tschechoslowakei und Italien fahren. Damit sie aber dort Mehl für uns bekommen, müssen sie etwas zum Tausch mitbringen. So ist es im Kleinen bei den Hamstern, so ist es auch im großen. Wenn wir den Staat aufbauen wollen, dann muß ein solcher Austausch stattfinden. Nur so ist es auch erklärbar, wenn wir den Arbeiter zu großen Leistungen anspornen. Noch etwas: Der Arbeiter muß wissen, daß er diese Arbeit für sich und für den Aufbau des Landes vollzieht. Deshalb fordern wir Verstaatlichung der Industrie, z. B. der Böhlerwerke, der Schoellerwerke und anderer. Auch der Großgrundbesitz muß in entsprechender Form für den Wiederaufbau herangezogen werden.

Wir werden den Aufbau meistern, wenn wir zusammenstehen. Wir wollen unsere Partei und ihre

Japan hat vorbehaltlos kapituliert

Japan will das Potsdamer Ultimatum nur annehmen, wenn die Rechte des japanischen Kaisers nicht angetastet werden. Dazu gab der amerikanische Außenminister Burns den Text einer Erklärung bekannt, die eine gemeinsame Stellungnahme der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Chinas enthält. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: Die Vereinigten Staaten nehmen das Übergabangebot der japanischen Regierung an, vorausgesetzt, der Kaiser von Japan unterwirft sich den Befehlen der Oberbefehlshaber der alliierten Kräfte.

Eine endgültige Antwort Japans wird stündlich erwartet. Mittlerweile geht der Krieg mit aller Schärfe weiter. In der ganzen Welt ist man der Überzeugung, daß eine Weigerung der Japaner, zu kapitulieren, das Ende des Krieges nur noch verzögern, daß die Zerstörungen in Japan nur noch erhöht werden können, daß aber der alliierte Sieg durch nichts mehr geändert werden kann.

Um 1 Uhr mitteleuropäischer Zeit des 15. ds. wurde bekannt, daß Japan vorbehaltlos kapituliert hat.

Kriegserklärung der Mongolei an Japan

Moskau. Nach Meldungen aus Ulan Bator hat die Volksrepublik

der Äußeren Mongolei an Japan den Krieg erklärt.

Hauptstadt der Mandschurei vor dem Fall

Moskau. Nach dem Operationsbericht des sowjetischen Informationsbüros vom 12. August stoßen die sowjetischen Truppen kämpfend ins Innere der Mandschurei vor und nähern sich der mandschurischen Hauptstadt Hsinking. Im Küstengebiet geht die Offensive gegenwärtig im schwierigen Gelände vor sich. Die sowjetischen Truppen haben in den letzten Stunden mehrere Städte und zahlreiche Ortschaften erobert. Sie stoßen entlang der Linie Hailar-Charbin vor und haben die Pässe des großen Chingan durchstoßen.

Zweiter Abwurf der Atombombe

Nach einer Mitteilung zuständiger Stellen wurde die zweite Atombombe, die auf die Hafenstadt Nagasaki abgeworfen worden war, in einer solchen Höhe zur Explosion gebracht, daß die durch die Explosion freigewordenen radioaktiven Partikel sich auf ein großes Gebiet verteilten. Ungefähr ein Drittel der Stadt wurde völlig zerstört. In dem vernichteten Gebiet lagen die Flugzeugmontagehallen, Waffenindustrien und ein großes Stahlwerk.

Erste Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei in Amstetten

Zum Sofortprogramm der Kommunistischen Partei

Organisationen ausbauen, dabei aber mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. Das schließt nicht aus, daß wir weltanschaulich anders gerichtet sind, wie die anderen Parteien. Jetzt müssen wir die Trümmer wegräumen und dann müssen wir aufbauen. Wir wollen uns das Haus Österreich wohnlich einrichten, wir können dazu rote, blaue, schwarze und andere Tapeten verwenden, nur keine braunen.

Was wir jetzt machen, ist alles provisorisch; die Regierung, die Gemeindevertreter, alles ist provisorisch. Erst die Wahl des Volkes wird alles klären. Der kleine weiße Stimmzettel ist eine große Sache. Diese Stimmzettel entscheiden über das Wohl und Wehe des Volkes. Wir müssen uns gut vorbereiten für die Zeit der Wahl. Heute will jeder die Demokratie. Dabei gibt es viele Wege zum Ziel, z. B. den russischen. Heute müssen wir einig sein in unserem Willen und Streben, auch in unserem Lande den Sozialismus zu erreichen. Wir wollen den demokratischen Staat Österreich, aber unser Ziel geht darüber hinaus, wir erstreben den Sozialstaat Österreich, ein sozialistisches Europa und ein sozialistisches Österreich. Für dieses Ziel müssen wir arbeiten.

Wir haben uns heute zur ersten großen Kundgebung der Sozialisten getroffen. Diese Versammlung soll ein Markstein sein auf unserem Weg zum sozialistischen Staat. Wenn wir weiter einig sind, dann wird es uns gelingen, dieses Österreich aufzubauen. Darüber hinaus werden wir daran arbeiten, daß dieser Staat der Arbeiterbewegung der Welt große Ehre macht. Wir wollen ein freies Österreich erstehen lassen durch unsere Arbeit und durch unseren Fleiß.

Lang anhaltender Beifall zeigte Genossen Hellmer die Zustimmung, die seine Rede gefunden hatte. Gen. Gramugg dankte dem Redner für seine Ausführungen und gab im Namen der Waidhofener Sozialisten die Erklärung ab, daß die Genossen in Waidhofen mit voller Kraft für den Wiederaufbau unseres Landes arbeiten werden.

Das Lied der Arbeit erklang, mit erhobener Faust grüßten die Versammelten die Arbeiter der ganzen Welt. Obmann Gramugg schloß dann die Versammlung mit dem alten Gruß der Partei: „Freundschaft!“ P.

Nach zwölfjähriger Verbotszeit konnte am Sonntag die erste Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs in Amstetten stattfinden. Aus den Gerichtsbezirken Amstetten, Waidhofen a. d. Ybbs und Haag waren die Genossen und Genossinnen zusammengekommen, um zu berichten über die Arbeit der vergangenen drei Monate und zu beraten über unser zukünftiges Arbeitsprogramm.

Genosse Palme eröffnete die Konferenz und nun berichteten die Gebietsleiter über die Arbeit in den verflochtenen Monaten. Die Diskussion war lebhaft und brachte viele begeisterte Anregungen für unsere zukünftige Arbeit. Als erste praktische Arbeit war die Wahl der Bezirksleitung. Genosse Staffenberger wird Bezirksleiter, Genosse Palme Sekretär. Den Höhepunkt bildete jedoch das überzeugende, für jeden arbeitsfreudigen Österreicher überaus klare und eindeutige Sofortprogramm der Kommunistischen Partei Österreichs, welches Genossin Postranetzky der Konferenz vorlegte.

Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß den Vortrag der Genossin Postranetzky über das Sofortprogramm in der ihr eigenen packenden und mitreißenden Art das ganze Ybbstal gehört hätte und jeder gutwillige Österreicher wäre mit Begeisterung an die Arbeit gegangen. Sie verglich unser Österreich mit einem Kranken, der wohl Ärzte hat, aber der beste Arzt kann nicht heilen, wenn der Patient nicht den Willen hat, gesund zu werden. Wir dürfen uns nicht auf andere verlassen und warten, was uns die Alliierten geben. Den Alliierten in Österreich, besonders aber der Roten Armee haben wir die Befreiung vom Nazifaschismus zu verdanken und dafür, daß wir trotzdem einen Großteil Schuld auch auf uns geladen haben, erhielten wir schon auf der Konferenz von Jalta auf die Initiative des Genossen Stalin die Unabhängigkeit Österreichs von den Alliierten zugesichert. Das ist das Fundament; das Haus müssen wir uns aber selbst bauen, dabei werden uns und können uns die Alliierten nicht helfen. Die Kommunistische Partei Österreichs ist nun

mit einem Sofortprogramm in die Öffentlichkeit getreten, ein Programm, das nicht demagogisch ist, sondern ab sofort allüberall in die Tat umgesetzt werden kann und muß.

Genossin Postranetzky erläuterte nun mit überzeugenden Worten dieses Programm:

Das Wort „Demokratie“ zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Programm. Wir hatten in Österreich 300.000 bis 400.000 eingeschriebene nationalsozialistische Parteimitglieder. Wenn man nun bedenkt, daß jeder ehemalige Nationalsozialist einige Angehörige hat, so sind das ungefähr 1 1/2 Millionen Österreicher, die durch straff durchgeführte Nazigesetze betroffen werden. Das können und wollen wir aber nicht, wir wollen nicht auf den kleinen Mann unser Augenmerk richten, jedoch gegen die Kriegsverbrecher, Volksverräter und führenden Nazi verlangen wir die strengste Anwendung der Gesetze.

Wir verlangen Sicherung des Aufstieges der demokratischen Kräfte des Volkes. Entfernung aller reaktionären, verknöcherten, bürokratischen Beamten, die die demokratische Entwicklung hindern. Unverzügliche Beschlagnahme und Verstaatlichung des deutschen Vermögens, aller Naziverbrecher und ausländischen Faschisten. Nationalisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergwerke.

Das Recht auf Arbeit steht jedem Erwachsenen zu, jedoch auch die Pflicht zur Arbeit für jeden Staatsbürger. Wir brauchen Austauschgüter, damit unser Land über den uns bevorstehenden schweren Winter in das nächste Jahr hinübergerettet werden kann. Wo der Bauer dann schon im Frühjahr sein Feld bestellen kann, ohne durch Bomben und andere Kriegswirren daran gehindert zu werden.

Rußland hat uns bis jetzt geholfen, ohne daß wir imstande waren, eigene Produkte dem russischen Volk als Gegenleistung zu liefern. Wien wäre verhungert, wenn die Rote Armee nicht 34.000 Tonnen an Getreide gegeben hätte. Ferner hätte Wien viele Lebensmittel noch heute nicht in das Stadtzentrum bringen können, wenn die Rote Armee nicht in Wien die Brücken renoviert hätte und noch aufbaut, welche die SS vor ihrem Abzug böswillig vernichtet hat.

Im neuen demokratischen Österreich ist es eine Schande, nicht zu arbeiten. Es müssen daher arbeitsfähige Betriebe in Gang gebracht werden. Es muß eine Kreditlenkungscommission aus Vertretern aller drei Parteien gebildet werden, welche die Aufgabe hat, diejenigen Betriebe zu unterstützen, welche baldmöglichst produzieren können, durch Instandsetzung der Gebäude und Produktionsmittel. Natürlich müssen es in erster Linie Betriebe sein, deren Produkte wir dringend brauchen. Die Industriearbeiter, die wir dann erzeugen, werden gute Austauschartikel für die nachbarlichen Agrarländer abgeben. Nicht der Westen wird unsere Erzeugnisse dringend benötigen, der Osten mit seinen Agrarprodukten wird für seine Völker Produktionsmittel und Konsumgüter von uns beziehen und die Donau wird in der nächsten Zukunft unser natürlicher Handelsweg sein.

Ernst Fischer sagte in seiner bedeutsamen Rede bei der großen Vertrauensmännerkundgebung in Wien: „Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß die Donau nicht in den Rhein mündet, sondern in das Schwarze Meer.“

Das sind die Sofortprogramme für den Wirtschaftsapparat und die Industrie, wir brauchen aber auch dringend eine bessere Ernährungslage. Deshalb müssen wir vorerst Beschlagnahme der Güter und Bauernhöfe der Naziverbrecher sowie der deutschen und anderen ausländischen Faschisten verlangen. Aufteilung des beschlagnahmten Ackerlandes an landlose und landarme Bauern unter besonderer Berücksichtigung der aktiven Kämpfer gegen den deutschen Faschismus. Übergabe des beschlagnahmten Weidelandes an die Gemeinden zur Nutzung für die ganze Gemeinde. Verstaatlichung des beschlagnahmten Forst- und Waldbesitzes unter Sicherung des Nutzungsrechtes für die Bevölkerung der anliegenden Gemeinden. Zur Ausnützung des Bodens muß der Bauer landwirtschaftliche Ma-

schinen, Zugmittel, Düngemittel und Arbeitskräfte erhalten. Diese Sofortmaßnahmen werden für den Bauern sicher ein Anreiz sein, damit er seine Produkte gerne wieder zur Ablieferung bringt. Die Stadt liefert Industrieprodukte aufs Land und bekommt dafür Lebensmittel eingetauscht. Das ist ein gesunder Zustand, hingegen für Schleichhändler haben wir in Österreich keinen Platz.

Damit aber alle Programmpunkte erfüllt werden können, sollen in jedem Gerichtsbezirk Arbeitsgemeinschaften aller drei Parteien gegründet werden, welche die Erfüllung dieser Forderungen zu überwachen und zu unterstützen haben. Diese Arbeitsgemeinschaften müssen Vertreter der Kaufmannschaft gezogen werden, welche als Ein- und Verkäufer aufzutreten haben. Weiters müssen auch Menschen in die Arbeitsgemeinschaft hineinkommen, welche Einfluß auf die Transportmittel haben. Es darf nicht vorkommen, daß der eine Teil des Landes eine bessere Lebenshaltung hat, während der andere Landesteil zu verhungern droht. Eine zentral und gerecht aufgeteilte Rationierung aller Lebensmittel, die im Lande produziert werden, müssen wir unbedingt erreichen und damit wird sich auch die Arbeitslust bei der gesamten Bevölkerung steigern. In gegnerischen Kreisen hört man oft den Einwand, daß die Lebensverhältnisse in Österreich im Jahre 1920 besser waren, als heute. Dieser Einwand hinkt nach zwei Richtungen: 1. waren damals schon eineinhalb Jahre nach dem Weltkrieg verfloren und heute stehen wir erst drei Monate nach dem fürchterlichsten aller modernen Kriege, welcher fast sechs Jahre gedauert hat und zum Teil auch in eigenen Lande Kampfhandlungen großen Stils stattgefunden haben. 2. Ein Teil der heutigen Bevölkerung war damals noch gar nicht auf der Welt oder zu jung, der andere Teil hat oftmals schon vergessen, daß wir im und nach dem ersten Weltkrieg um einen Viertellib Brot in der Woche von abends bis zum nächsten Morgen uns anstellen mußten, während Fett, Milch und Fleisch genau so knapp waren wie heute. Wenn wir nun alle zusammenarbeiten, dann stehen wir in einem Jahr sicher besser da, als wir im Jahre 1920 dagestanden sind. Die Sowjetunion wird uns bestimmt weiterhelfen, wenn sie sieht, daß in unserem Volk endlich das Bewußtsein geschaffen wird, daß wir auch selbst arbeiten müssen.

Was nun die soziale Frage angeht, so haben wir als Kommunistische Partei Österreichs nicht nur alte Gesetze wieder verlangt, sondern auch viele neue Ge-

setze. Die Betriebsräte sollen nicht nur Mitberater sein, sondern müssen auch im Betrieb mitbestimmen. Gemeinsam mit der Sozialistischen Partei ist unsere Forderung erfüllt worden, daß nunmehr auch Landarbeiter in der Arbeiterkammer vertreten sind. Weiters wurde auch die soziale und wirtschaftliche Angleichung der Landarbeiter an die Industriearbeiter erreicht. Unsere Forderung geht aber auch dahin, daß die Angestellten nicht besser, jedoch auch nicht schlechter als die Arbeiter im österreichischen Staat gestellt sein dürfen. Beide Wirtschaftsgruppen müssen die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Bezüglich der Frauen läßt sich unsere Forderung in dem einfachen, aber um so bedeutenderen Satz zusammenfassen: Gleiche Löhne für gleiche Leistung. Die Frau muß von jeder gesundheitschädigenden Arbeit ferngehalten werden und es muß ihr ein ausreichender Schutz für Mutter und Kind zugesichert sein. Für die Jugendlichen brauchen wir ordentliche Berufsschulen, weiters Schutz der jugendlichen Arbeitskraft und Fernhaltung von jeder Parteipolitik in den Schulen.

Außenpolitisch stellen wir einen der wichtigsten Programmpunkte: Ein ungeteiltes und unabhängiges Österreich. Weiters eine Politik, die uns mit den slawischen Nachbarvölkern in Verbindung bringt. Ein weiterer Programmpunkt ist die Rückgabe Südtirols und des Gebietes rechts vom Inn, das ehemals auch österreichisches Gebiet war. Damit würden wir den Obersalzberg in unsere Hände bekommen, dem wir dann allerdings aber eine andere und höhere Bedeutung geben wollen, als er in den letzten zwölf Jahren gehabt hat. Wir wollen uns auch bemühen, daß die Kriegsgefangenen und die vom Nationalsozialismus zur Zwangsarbeit und in die Konzentrationslager Verschleppten ehstens wieder in unsere Heimat gelangen. Wir müssen aber auch feststellen, daß die Erfüllung dieses Wunsches aber nur dann möglich ist, wenn die Alliierten sehen, daß wir uns bemühen, selbst zu arbeiten und den Russen sowie den anderen alliierten Mächten nicht feindlich, sondern als Freunde entgegenkommen.

Zum Schluß wünscht die Kommunistische Partei eine einige große Arbeiterpartei und jeder Arbeiter, der sich gegen diese Forderung stellt, muß als ein Verräter Österreichs betrachtet werden. Die Einheit der Arbeiterklasse von unten herauf muß und wird kommen und damit erreichen wir dann unser gemeinsames großes Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus.

„Wir Kommunisten geloben, für dieses Ziel den härtesten Kampf auf uns zu nehmen, bis wir den Sieg gewonnen haben.“ Mit diesen Worten fand die Konferenz ihren Abschluß und langanhaltender Beifall dankte der Genossin Postranetzky für ihre wertvollen und mit überzeugender Kraft vorgebrachten Ausführungen.

Österreichische Beamte

Da schon einmal in unserer Zeitung über die Beamtenfrage geschrieben worden ist, bringen wir hier einen Leitartikel aus der „Österreichischen Volksstimme“ vom 11. ds.:

Schon im alten k. k. Österreich war viel und oft von den Beamten die Rede. Man schimpfte auf den „heiligen Bürokratiuss“, man machte Witze über ihn, aber trotz allem — die Beamtenschaft hatte, selbstverständlich in weitem Abstand von der Offizierskaste, im ganzen genommen eine soziale Stellung, die durchaus ansehnlich war. Und die Beamtenschaft war, nehmt alles nur in allem, für diesen alten österreichischen Staat eine gute Beamtenschaft. Die österreichische Monarchie, ein Staat auseinanderstrebender Völker, immer wieder in allen Fugen krachend, wurde ein ganzes Menschenleben lang praktisch durch diese Bürokratie verwaltet, durch sie zusammengehalten.

Diese Beamtenschaft, korrumpiert durch den ersten Weltkrieg, in ihren Grundfesten erschüttert durch den Zusammenbruch der österreichischen Monarchie, sozial äußerst gefährdet, wirtschaftlich schwer getroffen, wurde nun 1918 sozusagen mit einem Schlag zur Beamtenschaft der österreichischen Republik.

Der ideologische Überbau war bald gefunden: Es entstand die gefährliche, die verderbliche Mär von dem Beamten, der, ein treuer Diener seines Herrn, jeder Staats-

form, jeder Regierung, jedem staatsformenden Willen dienen müsse und solle. Aus dem angeblich unpolitischen Beamten der österreichischen Monarchie, für den alles, was rechts stand, unpolitisch war, und der, weit rechts von allen politischen Parteien stehend, sich als Träger des monarchischen Gedankens fühlte, wurde der angeblich unpolitische Beamte der Republik, der tränenden Auges auf die Monarchie zurücksah, vom „alten Kaiser“ erzählte, von der verschwundenen Herrlichkeit der Exzellenzen träumte, innerlich sich viel zu gut dünkte, um am politischen Meinungskampf teilzunehmen, damit aber die Behauptung verband, dem demokratischen Staat dienen zu können.

Es war nicht mehr die alte österreichische Beamtenschaft der Monarchie, die immerhin als Trägerin des monarchischen Gedankens auch Trägerin des Staatsgedankens war, es war eine Beamtenschaft, die enturzelt, ihres wichtigsten Haltes beraubt, schwankend im Winde und darum nicht mehr in stande war, die neue österreichische Staatsidee, die Idee des demokratischen Österreich mitzutragen. Sie verstand nicht und wollte nicht verstehen, daß ein demokratischer Staat den demokratischen Beamten brauchte, der, aufgeschlossen den Forderungen seiner Zeit, das Neue verstehend und fördernd, volkstümlich und volksnahe, einen ganz anderen Beamten darstellt. Wen wundert es, daß große Teile dieser Be-

Brot und Arbeit!

Es war erst am 8. Mai und um unser liebes Städtchen rollten im ganzen Umkreis die Geschütze der Waffen-SS, eine Kolonne nach der anderen. In der Schulungsburg waren die Naziverbrecher beisammen, schmiedeten Pläne über ein Teufelswerk, dessen Auswirkung schrecklich gewesen wäre. Es war ihnen noch nicht genug, daß sie in ihrer Siegesphantasie den Krieg in unser Land brachten, daß Wien zerstört wurde, das Traisental vernichtet, von den fünfeinhalbtausend Brücken in Niederösterreich dreitausend gesprengt und zerstört wurden, daß noch am selben Tag in Amstetten Bomben fielen, sie wollten unsere Heimat noch mehr in das Unglück stürzen. Daß der Kreisleiter Neumayer einer SS-Truppe sogar den Befehl erteilte, noch am selben Nachmittag sieben Österreicher aus der Stadt wegzuräumen oder, wie ihr Ausdruck lautete, „um die Ecke zu drehen“, wird nicht vielen bekannt sein. Der Plan ist aber mißlungen. Von diesen sieben Männern sind schon vormittags einige in das Rathaus gegangen, um diesen Teufeln in Menschengestalt das Handwerk zu legen. In einigen Stunden hat sich eine provisorische Gemeindevertretung gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Wunden zu heilen, die dieser scheußliche Krieg durch sechs Jahre geschlagen hat. Es wurde nicht lange verhandelt, dazu war keine Zeit, jeder einzelne aufrichtige Österreicher war sich bewußt, daß schwere Aufgaben zu überwinden sind. Gefährliche Stunden lasteten über unser Städtchen, eine Erleichterung trat erst ein, als die Rote Armee einzog und die deutschen Waffen endgültig zum Schweigen brachte. Die Arbeit wurde sofort in Angriff genommen, alter Schutt, zurückgelassene Waffen und Munition mußten weggeschafft werden, die Gemeinde mußte mit primitiven Mitteln ihre Agenden übernehmen, der Polizeidienst wurde neu aufgestellt. Es gab Arbeit für alle. Der Arbeitseinsatz nahm seine Tätigkeit auf und mancher von den Herren

Kommandanten des Volkssturmes mußte bei der Wegräumung der Panzersperren selbst Hand anlegen. Ein- und Umquartierungen wurden durchgeführt. Der Motor der Arbeit wurde auch angekurbelt in unseren Betriebsstätten Böhlerwerk, Lehrwerkstätte und Rothschildsäge. Auch die kleinen Betriebe nahmen trotz aller Schwierigkeiten ihre Arbeit auf. Ohne Rast wird geschaffen, siehe Kröller, Zeilinger, Hoyas, Kupfer usw. Auch unsere Schulen mußten wieder instandgesetzt werden, um der Schulbetrieb, der so wichtig ist, aufnehmen zu können. So kann man feststellen, daß ein großer Teil der Bevölkerung bestrebt ist, ihren Beitrag zum Wiederaufbau unserer Heimat zu leisten. Aber die Wunden sind zu tief geschlagen, um schon einen positiven Erfolg sehen zu können. Groß sind die Sorgen der Ernährung, nicht minder die Wohnungsfrage sowie der Abtransport der nach Waidhofen durch die Kriegereignisse zugewanderten Familien. Viele stehen aber noch immer abseits, wollen sich nicht einfügen zum Wiederaufbau. Es gibt Menschen, die sich dahin äußern, zuerst wollen wir essen, dann werden wir arbeiten. Das ist vollkommen falsch, sich so zu äußern oder so zu handeln. Was würde sein, wenn unsere brave bäuerliche Bevölkerung denselben Standpunkt einnähme, wie so ein unzurechnungsfähiger Mensch! Die Kommunistische Partei Österreichs legt den beiden anderen demokratischen Parteien und dem ganzen österreichischen Volk ein Sofortprogramm vor. Die Verwirklichung dieses Programmes gibt uns die Gewähr, daß wir über alle Schwierigkeiten hinwegkommen können. Es darf sich aber keine Partei anschließen von der verantwortungsvollen Aufgabe oder die Parteiinteressen höher stellen als die der ganzen Bevölkerung. Nur durch ein gedeihliches Zusammenarbeiten wird es möglich sein, daß allen Menschen Brot und Arbeit gesichert sind. Max Sulzbacher.

amtschaft, in die fast keine neue Menschen Aufnahme gefunden hatten, ganz ohne jede innere Bindung an die Demokratie, ja ohne jedes wirkliche Verständnis für sie und ihre Forderungen, bereit und willig waren, jedes faschistische Experiment mitzumachen und zu fördern. Sie sind mit der Heimwehr gegangen, und sie waren treue Diener eines Herrn, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, schließlich auch bereit, den Nazifaschismus, jene abscheuliche Form der Barbarei, der Kultur- und Geistlosigkeit, die Europa kennt, willig als Herrn und Gebieter anzuerkennen.

Und weil diese Beamten, die keine innere Bindung an das österreichische Volk hatten, sondern nur Diener eines Herrn sein wollten, nur einen Herrn fühlten, der Widerstrebendes durch blutigsten Terror zwang, ihm zu Willen zu sein, oder es vernichtete, waren sie bereit, sich ganz und gar diesem Herrn zu verschreiben oder wenigstens in aller Form sich ihm zu beugen. So entstand, ganz abgesehen von dem Gesindel, das zur Belohnung für die gemeinsten Verbrechen von dem Regime der Nazi-Verbrecher neu in den Beamtenstand und an die Spitzen dieses Beamtenstandes berufen worden war, ein österreichischer Beamter ganz sonderbarer Art, ein Beamter, der es ablehnte, Österreicher zu sein, weil er, ein treuer Diener seines Herrn, den österreichischen Gedanken als Hochverrat betrachtete. Es entstand ein lächerlicher Ablatsch des üblen Typus eines preußisch-deutschen Beamtentums, wie es vom Terrorregime der Nazi unterstützt und gefördert wurde.

Dann kam die Befreiung! Und diese ganze Beamtenschaft, nicht nur die wenigen, die aufrecht geblieben waren, die Rückgrat besessen hatten, die Männer waren, Österreicher, nein — von den ärgsten Verbrechern, die die Angst, nun zur Verantwortung gezogen zu werden, in die Flucht jagte, abgesehen —, die ganze Beamtenschaft erhob nun wieder den Anspruch, Beamtenschaft des neuen, des demokratischen Österreich zu sein. Denn, so meinte sie, für sie spreche die Erfahrung, sie sei immer treu, ehrlich und fleißig gewesen, wie man es früher den „Dienstboten“ in ihr „Dienstbotenbuch“ geschrieben hatte. Sie sei zwar, zugegeben, dem nationalsozialistischen Gewaltregime zu Willen gewesen, sie habe ihm willig gedient, aber das sei doch nur verständlich. Und wenn man es schon nicht verstehen wolle, so müsse man es doch jedenfalls entschuldigen. Weil aber das Volk das nicht versteht und nicht entschuldigt, ist die allgemeine Forderung nach der Säuberung der Verwaltung, nach der Säuberung der Beamtenschaft eine Selbstverständlichkeit. Sie zu erfüllen, ist eine der dringlichsten Aufgaben der drei demokratischen Parteien, die sich entschlossen haben, gemeinsam ein neues, demokratisches Österreich zu errichten und zu verwalten.

Aber mit der Säuberung allein ist das Problem des österreichischen Beamten nicht gelöst. Sie schafft nur eine wichtige Voraussetzung dazu. Beamter in einem demokratischen Staat zu sein, ist eine schwere, eine verantwortungsvolle Aufgabe, die den Einsatz des ganzen Menschen für die Idee dieses demokratischen Staates fordert. Hier genügt es nicht, „treuer Diener seines Herrn“ zu sein, hier muß man Träger einer Idee sein! Der Beamte eines demokratischen Staates muß vorerst einmal selber Demokrat sein! Und er muß dem Volk als Demokrat erscheinen. Ist der Beamte Demokrat, dann wird diese Verwaltung auch volkstümlich sein. Und umgekehrt: Niemand kann die Verwaltung volkstümlich sein, wenn sie nicht erfüllt ist vom Geiste der Demokratie. Wie selbstverständlich erscheint da die Forderung, daß neue Menschen in die Verwaltung einziehen müssen, daß neue Beamte erstehen müssen, damit neuer Geist sich in der Verwaltung kundtue. Und ist es etwa weniger selbstverständlich, daß leitende Stellen mit verlässlichen Demokraten besetzt werden müssen, daß nicht zwanzig oder dreißig Dienstjahre, nicht die formelle Erfüllung irgendwelcher bürokratischer Bestimmungen die Voraussetzung für die Besetzung solcher Stellen sein dürfen, sondern vor allem die Eignung, in demokratischem Geiste das Amt zu führen, begleitet freilich von der Fähigkeit und fachlichen Qualifikation. Wenn das Volk die Säuberung der Verwaltung fordert, dann will es, daß an Stelle der Nazibeamten demokratische Beamte gesetzt werden, daß auch neue Menschen in die Ämter einziehen müssen.

Die Leitung der Ämter muß in Händen liegen, die den Aufbau und die Erhaltung einer demokratischen, einer volkstümlichen Verwaltung sichern. Und wenn man uns entgegenhält, daß langjährige bürokratische Erfahrung, mancherlei Kenntnisse und mancherlei Wissen den neuen Menschen fehlen, so wollen wir darauf erwidern: Gewiß, alle diese Eigenschaften sind wichtig, aber sie vermögen eines nicht zu ersetzen, was unbedingte Voraussetzung für die Eignung zum Beamten eines demokratischen Staates ist: die absolute, die Verlässlichkeit auf Grund innerer Überzeugung. Ohne Beamte, die aus solcher innerer Überzeugung österreichische Demokraten sind, wird es in Österreich keine demokratische und keine volkstümliche Verwaltung geben, und ohne solche Verwaltung kann es keinen gesicherten Aufbau einer demokratischen Republik geben.

Staatsfinanzielle Erwägungen sind für einen armen Staat, wie es Österreich nun einmal ist, von ungeheurer Bedeutung. Aber ihre Bedeutung tritt zurück hinter den Voraussetzungen des staatlichen Bestandes überhaupt. Daß man vielleicht neben Gehältern auch noch manche Pensionen wird zahlen müssen, ist für die Staatsfinanzen bedauerlich, aber es ist notwendig, wenn es einen anderen Weg zur Erneuerung, zur Verjüngung, zur Demokratisierung des Beamtenapparates und damit auch der Verwaltung nicht gibt. Was

billiger scheint, würde um vieles teurer sein. Man kann ja — das ist ein guter und zweckmäßiger Rat —, alle die befürchteten Mehrkosten einsparen, wenn man sich ernstlich entschließt, bei der Säuberung energisch zu sein, wie es ohnedies den Interessen des demokratischen Staates und den Forderungen des Volkes entspricht. Man entlasse die Nazi aus dem Dienst, ohne ihnen Abfertigungen und Pensionen zu bezahlen, man zwingt sie, durch Arbeit ihr Brot zu verdienen und nicht ein behäbiges Rentnerdasein zu führen. Durch solche Maßnahmen wird man nicht nur Arbeitskräfte gewinnen, man wird auch erzieherische Arbeit leisten. Und man wird viel Geld sparen, das man nutzbringend für die Erneuerung und Demokratisierung der Beamtenschaft verwenden kann.

Die Verringerung des Beamtenstandes allein, so notwendig sie aus staatsfinanziellen Gründen sein mag, wird die Verwaltung nicht einfach, nicht volkstümlich, nicht demokratisch machen. Sie muß begleitet sein von der Erneuerung der Beamtenschaft, von ihrer Durchsetzung mit demokratischem Geist. Nur so wird eine neue, eine volkstümliche, eine demokratische, eine österreichische Verwaltung entstehen. Nur so wird der Beamte auch im Bewußtsein des Volkes Beauftragter der österreichischen Demokratie, Vollzieher ihres Willens, ihrer Idee, ein wahrhaft österreichischer Beamter sein.

Darum ist die Forderung nach

entschiedener Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens, insbesondere der Verwaltung, auch eine Forderung der Beamtenschaft, soweit diese die Zeit versteht und am Aufbau eines neuen, demokratischen Österreich mithelfen will. Der Beamte, der sich als Teil seines Volkes fühlt und dem Volk helfen will, die neue Verwaltung aufzubauen, ist darum einig mit dem ganzen Volk in der Forderung nach Säuberung und Demokratisierung der Verwaltung. Der demokratische Beamte will nicht einer Kaste angehören, die das Volk nicht versteht, und er will schon gar nicht im Geiste einer solchen Kaste wirken. Die öffentlichen Angestellten, die so denken wollen, daß die Beamtenschaft durch Zuzug neuer, junger, aus dem Volk kommender Kräfte verjüngt werde, viele Beamte sind vom Naziterror aus den Ämtern und Behörden hinausgejagt worden, viele von ihnen wurden erst vor kurzem aus Nazizuchthäusern und -konzentrationslagern befreit, viele andere mußten sich in Betrieben oder Büros als Arbeiter oder Privatangestellte schlecht und recht ihr Brot verdienen. Sie sind nun wieder in die Ämter eingezogen, wo sie gemeinsam mit den Beamten, die in diesen Ämtern aufrechte, bewußte, demokratische Österreicher auch während des Naziterrors geblieben waren, wirken. Ihre gemeinsame Aufgabe wird nun darin bestehen, im neuen Österreich auch eine neue Gattung des österreichischen Beamten zu formen: einen Beamten des Volkes!

zum 14. Lebensjahre liegt darum im Interesse der Allgemeinheit, abgesehen davon, daß auf diese Weise der so notwendige Geist der Gemeinsamkeit leichter und entschiedener zur Geltung gebracht werden kann. Die bisherige Einreihung der Zehnjährigen in einen bestimmten Schultyp ist schon deshalb verhängnisvoll, weil vor der Pubertät meistens weder Lehrer noch Eltern wissen, welcher Aufgabe das Kind zuneigt. Die Erziehung unserer Kinder zu festen Charakteren, die ihre reichen Begabungen und Fähigkeiten in Liebenswürdigkeit entfalten — das muß und wird uns gelingen.

Die Schwierigkeiten sind groß, aber noch nie stand das Neue mit solcher Deutlichkeit vor uns: Kein reiches Land, aber ein wirkliches Kulturzentrum im Südosten, das frei von aller machtpolitischen Verquickung eine niegeahnte Leuchtkraft entfalten wird.

Die Kundgebung des „Bundes demokratischer Lehrer und Erzieher Österreichs“ war der Ausdruck eines einheitlichen fortschrittlichen Willens zu einer wirklichen Neugestaltung des österreichischen Schul- und Erziehungswesens.

Die Säuberung der Schulen

Amtlich wird verlautbart: Um den Reinigungsprozess gegen die ehemaligen Mitglieder der NSDAP, restlos durchzuführen, hat das Staatsamt für Unterricht und Erziehung an alle Dienststellen seines Dienstbereiches folgenden Erlaß herausgegeben:

Alle dort in Dienst stehenden Beamten, Angestellten und Lohnempfänger, die zu dem im § 4 des Verbotsgesetzes aufgezählten Personenkreis gehören und nicht entlassen sind, sind mit sofortiger Wirksamkeit ihres Dienstes zu entheben.

Dazu gehören auch diejenigen, die einen Antrag auf Ausnahme von den Bestimmungen des Verbotsgesetzes eingebracht haben. Ferner sind auch jene Personen sofort zu entheben, die die nationalsozialistischen Bestrebungen in einer übermäßigen Art und Weise gefördert haben (beispielsweise durch Anzeige gegen andersgesinnte Personen, durch unverhältnismäßig hohe Geldspenden, durch übertriebene Mundpropaganda und anderes).

Ausnahmen sollen grundsätzlich nicht stattfinden, es sei denn, daß die notwendige Weiterführung des Amts-(Schul-)Betriebes sonst ernstlich in Frage gestellt würde.

Neue Wege unserer Jugenderziehung

Einheitliche Kundgebung der demokratischen Lehrerschaft

Der Brahms-Saal des Wiener Musikvereinshauses war kürzlich der Schauplatz einer programmatischen Kundgebung des „Bundes demokratischer Lehrer und Erzieher Österreichs“. Nach dem künstlerischen Programm, das unter anderem von Frau Professor Dichter, Hanns Wannecek, Hanna Berger und Chören der „Freien Österreichischen Jugend“ sowie des „Wiener Kindertheaters“ bestritten wurde, sprachen als Vertreter der drei Parteien der Staatssekretär und die Unterstaatssekretäre im Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung über „Die Stellung des Lehrers und die Umerziehung der Jugend“.

Unterstaatssekretär Enstein betonte, daß das Schicksal der verflorenen Jahre die schwerste Heimsuchung unserer Heimat seit der Türkenbelagerung gewesen sei. „Schwieriger noch als der materielle Aufbau wird die Wiedergutmachung der Zerstörungen in den Seelen der Menschen sein. Zum Wegräumen des Schuttes können wir die schuldigen Urheber heranziehen, bei der Beseitigung des geistigen Unrats dürfen wir sie aber nicht gebrauchen. Der Nazismus hat gerade unter der Intelligenz und der Jugend die meisten Anhänger gefunden. Wir werden manches vermeiden müssen, was früher, weil die Kinder ihre Freude daran hatten, geübt wurde; ich meine vor allem das Soldatenspielen. Was die Intelligenzkrise betrifft, fragen wir uns heute, ob ihr Bildungsgang der richtige war. Aus der verneinenden Antwort ergibt sich die Notwendigkeit, neben der Anknüpfung an bewährte Methoden neue Wege zu finden.“

Unterstaatssekretär Dr. Lugmayer führte den Gedanken weiter und erklärte: „In Österreich ist schon viel und oft umgeschult worden. Das ist aber, solange äußerer Zwang der Anlaß ist, keine Lösung der Probleme.“ Unter Hinweis darauf, daß die Schulgestaltung nicht ein einmaliges Beginnen, sondern ein dauernder Prozess sein müsse, forderte Dr. Lugmayer als wesentlichen Bestandteil demokratischer Erziehungsform die Möglichkeit für jeden Lehrer, die aus seinen praktischen Erfahrungen gezogenen Vorschläge zur Diskussion, Erprobung und Durchführung zu bringen. Nach Betonung der Wichtigkeit einer guten naturwissenschaftlichen Bildung als Grundlage der Verständigung unter den verschiedenen Schichten und Berufen des Volkes übergab der Redner an Staatssekretär Ernst Fischer das Wort:

„Es ist in dieser schweren Zeit ermutigend, in einen Saal zu treten, wo Erzieher aller Weltanschauungen versammelt sind. Vergleiche mit früheren Situationen sind jetzt völlig verfehlt. Unsere Aufgaben sind heute größer und ihrem Wesen nach ganz anders als 1918. Vermeiden wir je-

des Wiederaufleben der Parteidemagogie, sonst würde das gesamte österreichische Volk der Leidtragende sein; die starre Grenzziehung Rot-Schwarz muß ohne Vertuschung der weltanschaulichen Gegensätze — durch eine solche zwischen Reaktionär-Gestirgen und Demokratisch-Vorwärtsschreitenden abgelöst werden.

Die Scheidung der Menschen in solche, die für die Impulse der neuen Zeit empfänglich sind, und in Unbelehrbare ist fruchtbarer und richtiger als die mechanische Einreihung in Farben.

Der Kern der Schwierigkeiten im Aufbau des Erziehungswesens liegt darin, daß es dem Faschismus gelungen ist, wesentlichste Teile im menschlich-geistigen Gewebe zu zerstören. Wieviel ist dem jungen Menschen an primitivem Gefühl für das, was man tun und lassen kann, für Recht und Billigkeit genommen worden. Es ist eine ungeheure Aufgabe, dieses Menschenstückwerk wieder zu ganzen Menschen, zu verantwortungsbewußten Gliedern der Gesellschaft zu formen. Das Schwerkrieg liegt darin, das System faschistischer Räubermoral durch Erweckung eines natürlichen Sittengefühls zu ersetzen.

Die Schule hat nicht die Aufgabe, im Sinne einer vorgefaßten Weltanschauung zu erziehen, sondern dem Menschen die Urteilsfähigkeit zu geben, die ihn befähigt, sich aus freien Stücken auf Grund eigener Überlegung zu entscheiden.

Der Geschichtsunterricht vor 1938 war die stärkste Hilfe für den Faschismus. Welch breiter Raum wurde Österreichs Beziehungen zu Deutschland und ein wie geringer seiner Stellung zu den slawischen Nachbarvölkern und im gesamt-europäischen Zusammenhang gewidmet. Indem wir endgültig mit der Auffassung, Österreichs Mission bestehe darin, ein Vorposten deutscher Eroberer zu sein, brechen, gewöhnen wir uns, große Gestalten der Geschichte mit dem geschichtlichen und nicht parteipolitischen Akzent hervorzuheben.

Drei Dinge tun dem jungen Menschen unserer Tage vor allem notwendig: demokratisches Verantwortungsbewußtsein, die Achtung vor der Meinung des anderen und der Wille, auch mit dem Gegner in menschlich einwandfreier Weise zu diskutieren, vorausgesetzt, daß er Vertreter einer anständigen Weltanschauung ist. Die Erziehung in diesem Geiste ist deshalb so wichtig, weil nur auf ihrer Grundlage die kommenden schweren geistigen Auseinandersetzungen ohne neuerliche Katastrophe ausgetragen werden können.

Eine weitere Gefahrenquelle ist der österreichische Provinzialismus. Ihm ist am besten durch Ausbau des Fremdsprachenunterrichtes zu begegnen, indem die Sprache auf der Unterstufe nicht

als grammatische Konstruktion, sondern als Ausdrucksmittel gelehrt wird. Auf diese Weise wird das provinzielle Denken, zu dem der Österreicher ein wenig neigt, am ehesten ins Bewußtsein gewandelt werden, daß unsere Heimat ein Stück Welt ist. Gelingt dies, dann können wir zum Kern unserer wahren Mission, geistiger Dolmetsch und Umpantation zwischen der Mannigfaltigkeit der europäischen Völkertypen zu sein, durchdringen.

Die Fragestellung, ob die Erziehung der Jugend vom Grundsatz der Begabtenförderung oder dem der Hebung des Gesamtniveaus zu bestimmen sei, ist an sich widersinnig, denn sobald das Reservoir fehlt, aus dem man schöpfen kann, hört sich auch die Begabtenförderung auf. Die Jugendbildung in einem einheitlichen Schultyp bis

Nachrichten aus aller Welt

Siegesfeiern

In allen Hauptstädten der alliierten Länder wurden große Siegesfeiern abgehalten. Am Mittwoch sprach der englische König zu den Millionen des britischen Weltreiches.

Eisenhower bei Stalin

Moskau. General Eisenhower hatte im Kreml eine lange Unterredung mit Generalissimus Stalin. Generalissimus Stalin und General Eisenhower haben auf dem Roten Platz in Moskau eine Parade von 25.000 Sportlern aus allen Ländern der Sowjetunion abgenommen. Es war dies die erste nichtmilitärische Parade seit Beginn des Krieges.

Französische Sozialisten für Vereinigung mit den Kommunisten

Moskau. In Paris äußern sich immer mehr Deputationsorgane der Sozialistischen Partei auf ihren Konferenzen für unverzügliche organische Vereinigung mit der Kommunistischen Partei.

Streik in Rom

Rom. Die Beamten und Angestellten aller privaten und öffentlichen Betriebe in Rom sind in Streik getreten. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne.

Funk und Draht berichten

London.

Am 15. ds. um 4 Uhr früh japanischer Zeit sprach Kaiser Hirohito von Japan zum ersten Male im Radio. Seine Rundfunksprache war die Annahme des Potsdamer Ultimatus. Er forderte die gesamte Streitmacht auf,

die Waffen niederzulegen und den Befehlen der Alliierten Folge zu leisten.

Japan wurde letzten Endes durch die Atombombe zu Boden gezwungen. Der Kaiser verlangte vom japanischen Volk Aufrechterhaltung der Disziplin.

London.

Am 16. ds. wird in den Morgenzeitungen eine Landkarte des deutschen Gebietes von 1938 erscheinen. Darauf werden die alliierten Besetzungszonen genau ersichtlich sein.

London.

Der Premier von China, Sung, ist in Moskau von Generalissimus Stalin empfangen worden.

China und Rußland haben einen Freundschaftspakt abgeschlossen.

Wien.

In Wien begann am Dienstag der erste Prozeß vor dem Volksgerichtshof. Angeklagt sind vier ehemalige SA-Männer, die im Lager von Engerau 102 Juden getötet haben.

In Wien wurde der berüchtigte Untersturmführer Ernst Grabner verhaftet. Er hat im Lager Auschwitz fast eine Million Menschen ums Leben gebracht.

Paris.

Am 22. August wird De Gaulle in Washington zu Besprechungen mit Präsident Truman eintreffen.

Marschall Petain wurde zum Tode verurteilt, wird aber wahrscheinlich begnadigt werden.

London.

Der ehemalige Gauleiter von Oberösterreich, Eigruber, ist von der amerikanischen Polizei verhaftet worden, und zwar in Sankt Pankraz in Tirol.

Die Gesetze gegen die Nationalsozialisten in Österreich

Von Dr. Siegmund Bonelli

Um einem allgemeinen und natürlichen Bedürfnis Rechnung zu tragen, soll hier in übersichtlicher Form auf die Frage geantwortet werden: Wie zieht das Gesetz die Nationalsozialisten in Österreich zur Verantwortung. Zunächst folgendes:

Registrieren lassen, also melden müssen sich alle Personen, die in Österreich ihren ordentlichen Wohnsitz oder wenigstens dauernden Aufenthalt haben und in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945, wenn auch nur zeitweise, in einer der folgenden Beziehungen zum Nationalsozialismus gestanden haben:

1. Pg., d. i. „wer in die NSDAP. als Mitglied aufgenommen worden ist“;
2. Angehörige der SS., SA., des NSKK. oder NSFK.;
3. Parteianwärter, d. i. „wer durch Aufnahme als Parteianwärter die Anwartschaft auf die Parteimitgliedschaft und das Recht zum vorläufigen Tragen des Parteiabzeichens erworben hat“.

Wer also auf sein vorläufiges Aufnahmegesuch von der NSDAP. überhaupt keine oder eine ablehnende Antwort erhalten hat, muß sich nicht melden. Dies im Gegensatz zu jenen „Personen, die sich um die Aufnahme in die SS. beworben haben“. Hier verpflichtet also das bloße Gesuch, selbst wenn es abgewiesen wurde, zur Meldung.

- Nach dem „Verbotsgesetz“ (in Kraft getreten am 6. Juni 1945) und anderen später erlassenen Gesetzen können wir nun die Nationalsozialisten gewissermaßen nach der Schwere des Falles, nach der Größe des Rechtsnachteilens oder der Strafe, die sie treffen wird oder treffen kann, in fünf Gruppen einteilen.
1. Gruppe:

1. Alle Registrierungspflichtigen, welche „Beamte, Angestellte, Bedienstete oder Arbeiter des Staates, der Länder, der Gemeinden, öffentlich-rechtlicher Körperschaften usw. sind, werden, wenn sie nach ihrer bisherigen Tätigkeit keine Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für die unabhängige Republik Österreich eintreten werden, binnen sechs Monaten entlassen oder mit Kürzung der Ruhebezüge bis auf ein Drittel in den Ruhestand versetzt“.
2. Einem Registrierten kann innerhalb von fünf Jahren nach Abschluß der Registrierung

(diese wird wohl einige Monate beanspruchen) ein akademischer Grad nur mit besonderer Genehmigung des Staatsamtes für Inneres verliehen werden.

- II. Gruppe: Pg. und Anwärter. Bei ihnen kommen zu dem bisher Gesagten

3. noch eine Reihe von Einschränkungen, die aber hier, weil sie kaum von allgemeinem Interesse sind, übergangen werden können. (Sie können z. B. nur mit besonderer Genehmigung Hochschullehrer werden.)

- III. Gruppe: Angehörige der SS. sowie jene Pg. oder Anwärter oder Mitglieder der SA., des NSKK. oder NSFK., welche als Funktionäre tätig gewesen sind. Von einem besonderen Grad der Funktion ist hier nichts gesagt, es fällt also jeder noch so untergeordnete Funktionär in diese Gruppe. Der Gesetzgeber überläßt es offenbar dem gerechten Ermessen der verantwortlichen Stellen, gegen den einzelnen NS-Funktionär mehr oder weniger scharf vorzugehen, je nachdem sich dieser mehr oder weniger heftig um die Stützung und Stärkung der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich bemüht und ereifert hat.

Bei dieser 3. Gruppe von Nationalsozialisten kommen zu dem bisher Gesagten noch folgende bedeutende Verschärfungen hinzu:

4. Sie können vom Bezirkshauptmann (für das Gebiet der autonomen Stadt Waidhofen a. d. Ybbs wird dies, wenn einmal die Geschäfte des Bezirkshauptmannes wieder von der Gemeinde übernommen sind, der Bürgermeister sein) unter Polizeiaufsicht gestellt (z. B. tägliche Meldepflicht), zu Zwangsarbeiten herangezogen oder in Zwangsarbeitsanstalten angehalten werden.
5. Sie dürfen vorläufig durch Rechtsgeschäft weder ihr bewegliches noch ihr unbewegliches Vermögen veräußern oder belasten. Gegen dieses Verbot verstoßende Rechtsgeschäfte und Verfügungen dieser Art, „die nach dem 31. März 1945 getroffen worden sind“, sind nichtig. Die in diese Gruppe oder unter IV und V fallenden Nationalsozialisten dürfen also vorläufig nichts von ihrem Eigentum verkaufen, verschenken, verpfänden usw. (sofern es sich nicht um die laufende Verwal-

tung oder um die Fortführung des Haushaltes handelt.) Unbeschränkt geblieben ist aber allgemein das Erbrecht. Stirbt also heute jemand in Österreich, so spielt bei der Regelung der Erbschaftsangelegenheiten die Frage seiner politischen Belastung keine Rolle. Dies gilt auch für „Illegale“ (Gruppe IV), während die schwerer belasteten Illegalen und „Förderer“ (V) mit Vermögensverfall bestraft werden, also kein Vermögen mehr zu vererben haben.

6. Miet-, Pacht- und Dienstverhältnisse mit ihnen können unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist (also ohne Rücksicht darauf, ob etwa eine längere Kündigungsfrist vertraglich vereinbart worden war) aufgelöst werden. Wenn der andere Vertragspartei nicht kündigt, „so kann die Ortsgemeinde oder der Bezirkshauptmann das Kündigungsrecht ausüben“.
7. Anstellungen solcher Personen bei Staat, bei den Ländern usw., die in der Zeit zwischen dem 13. März 1938 und dem 27. April 1945 erfolgt sind, sind widerrufen. „Das gleiche gilt für Vorrückungen und Beförderungen über das normale Maß hinaus“.

Es können (nämlich durch neue Gesetze und Verordnungen der Staatsregierung) gegen diese Personen bis zu einem durch Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkt auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Grundrechte sowie Steuer- und Abgabewesen (!) Sonderbestimmungen erlassen werden. Staatsbürgerliche Grundrechte sind z. B. Unverletzlichkeit des Eigentums und des Hausrechtes („Die Wohnung jedes Staatsbürgers ist seine Freistätte“), Briefgeheimnis, Wahlrecht, gleiche Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter, unbeschränkte Möglichkeit von Grundstückswerb und dergleichen mehr).

- IV. Gruppe: Illegale. Das ist jeder, der zur Zeit, als die NSDAP. in Österreich verboten war, nämlich in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis zum 13. März 1938 (Verbotszeit) jemals der NSDAP. oder einem ihrer vier Wehrverbände angehört hat. Illegale trifft außer dem bisher Aufgezählten noch folgendes:
8. Der Illegale „hat sich des Verbrechens des Hochverrates schuldig gemacht und ist dafür mit schwerem Kerker in der Dauer von 5 bis 10 Jahren zu bestrafen“.

Zu beachten ist, daß das Gesetz an dieser Stelle fortfährt: „Die Verfolgung wegen dieses Tatbestandes findet jedenfalls statt, wenn sie die Staatsregierung im Falle des Übernehmens hochverräterischer Umtriebe allgemein anordnet“. Diese Bestimmung, wonach nicht unbedingt alle Illegalen als Hochverräter abgeurteilt werden müssen, soll den Illegalen eine Warnung sein, sich nicht die letzte Hoffnung auf Milde durch neue Umtriebe zu verschmerzen. Ein Illegaler verschertzt sich diese Hoffnung auch dadurch, daß er sich neuerlich für die NSDAP. betätigt oder daß er sich eines Verbrechens, eines Vergehens oder einer Übertretung gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung oder einer auf Gewinnsucht beruhenden strafbaren Handlung schuldig macht.

10. Illegale sind mit Inkrafttreten des Gesetzes (6. Juni) aus dem Staatsdienst oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen entlassen. Pensionisten wird die Pension gestrichen, ist der illegale Beamte gestorben, „so besteht für die Hinterbliebenen kein Anspruch auf Versorgungsgenüsse“. „Kein Anspruch“ d. h., es kann ihnen allenfalls gnadeweise etwas gegeben werden.
11. Ein Illegaler kann im Wirtschaftsleben nicht in führender Stellung tätig sein; er kann kein Gewerbe betreiben, das Verlässlichkeit und Unbescholtenheit voraussetzt. (Dazu gehören sämtliche konzessionierten Gewerbe). Auch kann ein Illegaler in keiner Aktiengesellschaft, Ges. m. b. H., im Vorstand oder Verwaltungsrat oder dergleichen sein.
12. Sofern ein Illegaler für seine Tat vorläufig gerichtlich nicht verfolgt wird, so treffen ihn doch für die Dauer von fünf Jahren die Folgen einer Verurteilung zu fünf Jahren schwe-

ren Kerkers wegen Hochverrates. Solche Folgen sind z. B.: Verlust öffentlicher Titel (z. B. des Dokortitels) und Unfähigkeit, diese wieder zu erwerben; vor allem aber haftet jeder Hochverräter mit seinem ganzen Vermögen für den durch den Hochverrat dem Staat oder Privatpersonen verursachten Schaden. Bei entsprechender Auslegung des Begriffes „verursacht“ kann diese Bestimmung den Verfall des gesamten Vermögens der Illegalen bedeuten.

13. Illegale erwerben gemäß dem Staatsbürgerschaftsüberleitungsgesetz vom 10. Juli 1945 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, welche die übrigen Österreicher nach diesem Gesetz am 27. April 1945 im allgemeinen erworben haben. Illegale sind also staatenlos und können unter Umständen als „lästige Ausländer“ aus Österreich abgeschoben werden.

V. Gruppe:
A. Schwerer belastete Illegale: Das sind solche Illegale, welche vom Ortsgruppenleiter oder Gleichgestellten aufwärts oder in einem der Wehrverbände als Führer vom Untersturmführer oder Gleichgestellten aufwärts tätig gewesen sind, oder Blutordensträger oder Träger einer sonstigen Parteiauszeichnung gewesen sind, oder in Verbindung mit ihrer Betätigung für die NSDAP. oder einen ihrer Wehrverbände Handlungen aus besonders verwerflichen Gesinnung, besonders schimpfliche Handlungen oder Handlungen, die den Gesetzen der Menschlichkeit gröblich widersprechen, begangen haben.

B. Förderer, das sind Personen (und zwar gleichgültig, ob sie wo „dabei“ waren oder nicht), die während der Verbotszeit durch beträchtliche finanzielle Zuwendungen die NSDAP. oder

einen ihrer Wehrverbände oder eine nationalsozialistische Organisation oder Einrichtung überhaupt gefördert haben, oder welche durch Schädigung des österreichischen Wirtschaftslebens für Zwecke einer der angeführten Organisationen den Bestand des selbständigen Staates Österreich zu untergraben unternommen haben.

Die Nationalsozialisten dieser V. Gruppe A und B trifft neben den bisher ausgeführten 13 Punkten noch folgendes:

14. Sie werden auf jeden Fall als Hochverräter verfolgt, aber nicht nur, wie die gewöhnlichen Illegalen mit 5 bis 10 Jahren, sondern mit 10 bis 20 Jahren schweren Kerkers und mit dem Verfall des gesamten Vermögens bestraft.

Aber auch für diese letzte Gruppe ist das Gesetz bei dem Grundsatz des österreichischen Strafgesetzbuches geblieben: „Die wirkliche Strafe kann niemand als den Verbrecher treffen.“ Einen Satz wie: „Die Sippe wird haftbar gemacht“, verabscheut das österreichische Recht nach wie vor. Daß Frauen und Kindern verstorbenen Illegaler der Anspruch auf Versorgungsgenüsse genommen wird, verstößt nicht hiergegen, denn dieser Anspruch ist nur vom Verstorbenen abgeleitet, ist gewissermaßen sein Anspruch; und daß die Angehörigen eines Verbrechers durch dessen Bestrafung in Mitleidenschaft gezogen werden, läßt sich nicht vermeiden. Niemand kann aber auch heute deshalb bestraft, niemandem kann deshalb irgend etwas weggenommen werden, weil ein anderer und sei es auch der nächste Angehörige, sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat oder für seine politische Tätigkeit zur Verantwortung gezogen wird.

Eine wahre demokratische Partei

Feststellungen des Generalsekretärs Dr. Hurdas auf einer Tagung des Arbeiter- und Angestelltenbundes

Die am 4. und 5. ds. abgehaltene Vertrauensleuteversammlung der Landesgruppe Niederösterreich des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, deren Haupttagung am Sonntag stattfand, gab ein umfassendes Bild der bereits geleisteten großen Aufbauarbeit in Niederösterreich. Trotz der Verkehrsschwierigkeiten waren fast alle Bezirke vertreten.

Nach Begrüßung durch den Landesobmann und einleitenden Worten, die Bürgermeister Kolimann der Tagung widmete, sprach Generalsekretär Doktor Hurdas.

Er führte aus, daß die Arbeiterschaft für die ÖVP. nicht nur Mittelperson, sondern wesentlicher Bestandteil sei. Das komme schon dadurch zum Ausdruck, daß an der Spitze dieser Partei der Arbeiterführer Kunschak steht und daß maßgebend an ihrer Gestaltung und ihrer Organisation Unterstaatssekretär Weinberger mitgearbeitet hat. „Und diese Arbeiterschaft ist es auch, die unsere Parole „Österreich den Österreichern!“ vielleicht am besten versteht, weil sie am schwersten unter den fremden Sklavenhaltern gelitten hat. Sie hat es auch verstanden, daß die österreichische Volkspartei keine Klassen- und keine konfessionelle Partei ist, sondern daß gerade mit ihren Gliederungen in die drei großen Bünde eine wahre demokratische Partei des Volkes entstanden ist.“

Dr. Hurdas würdigte auch die Bedeutung des Gewerkschaftsbundes als einer überparteilichen Gewerkschaft, in der alle Parteien vertreten sind. Damit sei die Möglichkeit ausgeschaltet, daß das politische Bekenntnis zu irgend einer Gruppe einen Arbeiter wirtschaftlich schlechter stellen könnte als die übrigen. Erst dadurch sei der Arbeiter wirklich im demokratischen Sinne frei geworden.

Die österreichische Volkspartei als eine alle Volksschichten umfassende Partei trete für jene ein, die am meisten gefährdet sind. Gegenwärtig am stärksten für den Arbeiter. Er ist vor allem von der Ernährungsseite her ein Vertreter derjenigen Gruppe unseres Volkes, die der meisten Unterstützung bedarf.

Im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommene Rede Doktor Hurdas' referierte der geschäftsführende Landesobmann für Niederösterreich Bundesrat a. D. Dengler ausführlich über die Organisationsfrage. Er betonte, es komme nicht darauf an, wie viele Vertreter wir in einem Betrieb oder in einer Organisation haben, sondern es gehe einzig und allein darum, daß unsere Vertreter, und sei er der einzige, aufopfernd und tatkräftig für seine Arbeitergruppe eintritt, daß er ununterbrochen Taten setzt, denn nur damit gewinne er Ansehen und Vertrauen unter seinen Kollegen und den nötigen Einfluß.

Aus Stadt und Land

NACHRICHTEN AUS DEM YBBSTAL

Stadt Waidhofen a. d. Ybbs
Volkssolidarität!
Volkssolidarität!
Volkssolidarität!

Vom Standesamt, Geburten:
Am 9. August ein Mädchen Gertraud der Eltern Ferdinand und Stefanie Lindner, Angestellter der Landgemeinde Waidhofen, 1. Kraihofrotte 26. Am 9. ds. ein Mädchen Margarete Maria der Eltern Franz und Maria Aichinger, Hilfsarbeiter, Waidhofen-Land, 1. Kraihofrotte 20. Am 9. ds. ein Mädchen Thais Elisabeth der Medizinstudentin Elena Perganti, Waidhofen, Weyrerstraße 11. Am 11. ds. ein Knabe Erich Karl der El-

tern Karl und Stefanie Müller, Schlosser, Waidhofen, Ybbsitzerstraße 8. Am 13. ds. ein Mädchen der Eltern Heinrich und Maria Magdalena Petter, Schmid, Ybbsitz 168. Am 13. ds. ein Mädchen Rosa der Eltern Eduard und Antonia Gabner, Landarbeiter, Waidhofen-Land, 2. Kraihofrotte 9. Am 11. ds. ein Mädchen Annermarie der Eltern Alois und Agnes Almer, Schärfer, Waidhofen, Ybbsitzerstraße 218. — Todesfälle: Am 6. ds. Rosina In-fanger, Ertl Nr. 10, 55 Jahre. Am 10. ds. Franz Knapp, Firsorgepflegling, Waidhofen, Wienerstraße 47, 79 Jahre. Am 12. ds. Josef Plankenbichler, Waidhofen, Weyrerstraße 49, 36 Jahre. Am 11. ds. Antonia Fida, Firsorgepflegling, Waidhofen, Wienerstraße 47, 42 Jahre.

Die „unpolitische“ Polizei

Da ich in meinem Leben nun schon sehr oft das Vergnügen hatte, mit der Polizei aller möglichen Systeme in ziemlich enge Berührung zu kommen, so mache ich mir natürlich auch meine Gedanken über die Wandlungsfähigkeit derselben. Wenn man so viel und so lang in seiner Kerkerzelle Zeit hat, und vor allem, wenn man am eigenen Körper die Argumente der Hüter der Gerechtigkeit verspürt, so sagt man sich, das ist alles von Grund auf faul, sehr faul. Es war immer der Ehrgeiz von fast allen Polizisten, ein guter und eifriger Diener seines jeweiligen Herrn zu sein und dabei machte er sich keine Gewissensbisse, wenn er heute das verteidigt, was er gestern noch bekämpfte. Wie muß es im Innern eines solchen Menschen aussehen? Im allgemeinen achtet man einen Menschen nur, wenn er charakterfest ist und so handelt, was er als aufrechter Mann vor seinem eigenen Gewissen verantworten kann. Jede seiner Handlungen muß er aus seiner innersten Überzeugung heraus machen. War das nun bei unserer Polizei auch immer so? Vor 1918 haben sie treu alles getan, was im Interesse der Monarchie lag, nachher waren dieselben Menschen „gute“ Republikaner. In dieser Zeit hatten sie sogar etwas wie eine politische Überzeugung: zumindestens nach außen hin. Als dann die politischen Gegensätze immer stärker wurden, stellten sie sich auf die Seite des jeweils Stärkeren, von dem Standpunkt ausgehend: Wessen Brot ich esse... Sie bezeichnete sich aber immer als unpolitisch und neutral. In Wirklichkeit aber waren sie stets extrem einseitig, wobei sie, wie schon gesagt, oft die Richtung änderten. Daß sie nun heute, so weit sie überhaupt noch die Möglichkeit haben, denselben Wechsel nach bewährter Praxis noch einmal durchmachen wollen, wun-

dert niemand, die Frage ist jetzt nur, ob wir es ihnen wieder gelingen lassen. Heute stehen viele neue, junge Kräfte in unserer Polizei, und sollen diese auch wieder „unpolitisch“ erzogen werden? Wollen wir uns wieder eine Polizei schaffen, die, wenn einmal ein kritischer Moment für Österreich kommt, in das Lager des Feindes hinüberwechselt? Wollen wir überhaupt eine unpolitische Polizei? Als Österreicher müssen wir aus unserer Erfahrung heraus sagen: Nein, und wieder nein! Unsere neue Polizei soll politisch erzogen werden, erzogen zu politisch bewußten Österreichern, die gewillt sind, das zu tun, was gerade für sie als Polizeiorgane oberste Pflicht ist: Die Menschen, die wirklich österreichisch denken und fühlen, zu schützen. Sie sollen erzogen werden zu wirklichen Demokraten, die Achtung haben vor der ehrlichen Meinung eines Mitmenschen. Welcher politischen Richtung das ein Organ angehört, darf dabei keine Rolle spielen, im Gegenteil, wenn einer aktiv in einer Partei mitarbeitet, so arbeitet er auch am Aufbau Österreichs und man soll ihnen daher auch nicht von einer falschen „Neutralität“ vortäuschen. Daß mancher Alte sich auf ein für ihn so völlig ungewohntes Denken nicht mehr umstellen kann, müssen wir begreifen und auch die Konsequenzen daraus ziehen, aber wir müssen auch verhindern, daß diese Leute uns unsere jungen Kräfte charakterlich verderben. Wir wollen keine Büttel, keine Schergen mehr. Wir wollen Menschen in unserer Polizei haben, wir wollen aufrechte, charaktervolle Männer. Darüber soll sich nun endlich jeder klar werden, vor allem jeder, der die Aufgabe hat, die neuen Menschen in der Polizei zu schulen. Der neue Polizist soll Vorbild werden und nicht ein Schreckgespenst. Rameis.

Der Redakteur

Vom Gesundheitsdienst. Die Bevölkerung wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß sich jeder gegen Typhus und Paratyphus impfen lassen soll. Vorkehrungen ist besser als leiden! Jene Frauen und Mädchen, die der ärztlichen Untersuchung ferngeblieben sind, mögen dies in ihrem eigenen Interesse nachholen. Näheres bringen die Plakate.

Klavierkonzert Theo Hassek findet am 26., 27. und 28. August um 19 Uhr im Inführsaal statt. Die Karten behalten die Gültigkeit.

Spielnachmittag im Kinderhort (Konviktsarten). Erwartungsvoll stehen Große und Kleine vor dem Heim und laufen nach der Öffnung lustig in den Saal, nicht in militärischer Zwei- und Zwei-Ordnung. An dem Spielkasten herum stehen sie, die Kleinen und Großen, und warten auf das Verteilen der Spielsachen. Dem Heim ist es gelungen, einige schöne Spiele zu kaufen, vor allem Gesellschaftsspiele, Halma, Wetteppenspiele, Mühle, Baukästen, Puppenkocherde und Kochgeschirre, auch etwas Plastelin ist da. Die Kleinen bekommen eine Sandschaufel und schon gehts los zur Sandkiste auf dem Spielplatz. Kleine Gruppen tun sich zusammen, die sich mit Gesellschaftsspielen beschäftigen, ein aufziehbares Spielauto besitzt auch das Heim, das hat sich der künftige Techniker zur Beschäftigung erbeten. Einige größere Buben wünschen ein Buch, auch dieser Wunsch kann befriedigt werden; eine kleine Auslese von Jugendbüchern ist vorhanden, der Anfang zur guten Kinderbibliothek ist damit gemacht. Der Leser setzt sich in eine stille Ecke und ist vorläufig in sein Buch vertieft, für seine Umgebung nicht zu haben. Es wird eifrig gelaut, gelesen, gespielt, auf dem Puppenherd gekocht. Hier und da gibt's Streit bei den Kleinen in der Sandkiste. Der Hansi wird aggressiv und bewirft die Grete mit Sand, der Zwist muß beigelegt werden. Ein Dreizehnjähriger beschäftigt sich eifrig mit dem Holzbaukasten, der Spieltrieb des Kindes in seiner Mannigfaltigkeit tritt deutlich zu Tage. Er kann sich wieder frei entfalten. Sieben Jahre war er durch militärischen Drill unterdrückt und verkümmert worden. Die meisten Kinder haben jetzt nie richtig spielen können, abgesehen davon, daß ja auch keine Spielsachen vorhanden waren als Zinnsoldaten, Säbeln, Liliputkanonen usw. Auch beim Kinde und vor allem beim Kinde gibt es seelischen Schutt wegzuräumen und Neues zu schaffen. Da ja Ausdauer nicht die starke Seite des Kindes ist, ermüden hier und da schon einige beim Bauen. Lesen und Spielen, das muß der Erzieher richtig betrachten, denn da entstehen dann leicht Zwistigkeiten. Es werden die Spiele eingeräumt und jedes Kind, das für das Spiel verantwortlich war, muß das Spiel unversehr abgeben. Ordnungssinn und Verantwortungsgefühl muß bei jeder Gelegenheit gepflegt werden. Auch der Gemeinschaftssinn wird dabei betocht. Die Spiele müssen für alle gut und schön erhalten bleiben. Jetzt kommt der zweite Teil des Spielnachmittags, der hauptsächlich mit Sport ausgefüllt ist. Auch hier wieder der Spieltrieb in seiner schönsten Entfaltung. Positiver Ehrgeiz, Gesundheit und Freude werden dabei erzogen. Es werden keine übertriebenen gesundheitsschädlichen Leistungen erzielt, wie es bei der Hitlerjugend der Fall war, sondern die Forderungen stehen im Rahmen des Möglichen, des Gesundheitsaufbauenden und von den Kindern Erwünschten. Beliebt ist das sogenannte Völkerballspiel, bei dem es die Kinder manchmal zu stannenswerter Fertigkeit gebracht haben. Der Wettlauf ist die zweite Nummer des sportlichen Teiles, bei dem manches Mädchen den Buben überlegen ist. Auch das Weitspringen ist ein außerordentlich beliebtes Wettspiel, an dem sich auch die Kleinen beteiligen. Am Ende des Hornachmittages gibt es einige Lieder und Kreisspiele und die Kinder gehen frohgestimmt nach Hause. Auch Regennachmittage gab es trotz des schönen Julis und Augusts. Da fiel natürlich die sportliche Betätigung aus. Da mußte für anderes gesorgt werden. Die Erzieherin sucht ihren Märchen- und Geschichtenvorrat zusammen und es folgt eine Märchenstunde. Die Kinder hängen buchstäblich an den Lippen der Erzählerin und am Schlusse jeder Geschichte rufen Große und Kleine: „Noch eine, noch eine!“ Solch ruhige, besinnliche Stunden, in denen die Kinder einmal ruhig sitzen und sich ruhig verhalten, nützen dem Heimbetrieb sehr. Daß die Kinder keine leicht zu lenkende

Zeitungen üben großen Einfluß auf das Leben eines Volkes aus. Sie berichten, erzählen, tadeln, klären auf, erläutern, kritisieren, schlagen vor. Große und bedeutende Ereignisse, kleine Vorkommnisse und alle erdenklichen Arten von Neuigkeiten sind in ihnen zu lesen. Die großen Tageszeitungen, wie „The Times“, „Le Temps“, „Paris Midi“, „New York Herald Tribune“, die „Prawda“ und viele andere beschäftigen ein Heer von Redakteuren und Berichterstattern. Die meisten von ihnen schreiben neben den Tagesereignissen für eine bestimmte politische Partei und das ist auch der Grund, warum es in den Hauptstädten der demokratischen Länder immer drei oder vier verschiedene Tagesblätter gibt. Aber selbst in England, dem klassischen Land der Zeitungen, hat sich die „Times“ über die politischen Parteien gestellt und wird von allen Engländern gelesen, die irgendwie konservativ eingestellt sind, gleichviel ob sie nun zur Labour-Party, zu den Konservativen oder zu den Liberalen gehören. Eine ähnliche Auffassung fanden wir auch bis vor kurzem im Zeitungswesen des neuen Österreichs. Bis zum 5. August dieses Jahres erschien nur eine Tageszeitung, „Neues Österreich“ genannt. Aber schon der Untertitel „Organ der demokratischen Einigung“ zeigte, daß diese Zeitung nicht das Sprachrohr einer politischen Gruppe war, sondern allen politischen Parteien Gelegenheit gab, ihre Mei-

nungen und Anschauungen zu veröffentlichen. Das Erscheinen einer einzigen Tageszeitung in Wien war natürlich kriegsbedingt. Nach Lösung der technischen Schwierigkeiten erscheinen nun wieder mehrere Tageszeitungen, vielleicht allerdings zum Nachteil der demokratischen Einigung. Mit Ausnahme des „Neuen Österreichs“ werden die neuen Tageszeitungen ihren spezifischen politischen Standpunkt vertreten und dabei werden sich in der Zukunft politische Reibereien nicht vermeiden lassen, wenn auch das Grundprinzip der drei großen politischen Parteien weiterhin einmütige Zusammenarbeit für den Wiederaufbau Österreichs bleibt. Wie liegen nun die Verhältnisse auf dem Lande? Da gibt es keine Tageszeitungen, sondern nur ein Wochenblatt. Eine Spaltung in Parteiwochenzeitungen ist schwer durchzuführen, wenigstens in der Gegenwart. Das Wochenblatt muß daher wie sein Wiener Vorbild „Das Neue Österreich“ ein Organ der demokratischen Einigung bleiben. Hier in der Provinz gibt es kein Heer von Berichterstattern, sondern nur einen einzigen Redakteur, der in seinen Artikeln auf die Wünsche aller Parteien Rücksicht nehmen muß. Auch in der Auswahl der Artikel aus den großen Tageszeitungen ist ein genaues Abwägen erforderlich. Unterstützt wird der Redakteur eines solchen Wochenblattes in seiner Arbeit durch die einzelnen Par-

teienvertreter, die ihm ihre Wünsche bekanntgeben, Artikel bringen und ihm in der Auswahl zur Hand gehen. Außerdem sammelt der Redakteur einen kleinen Stab von Mitarbeitern, die aus Liebe zu ihrer Heimat und aus Begeisterung zur Sache kurze Erzählungen und Berichte schreiben, die dann veröffentlicht werden. Über die großen Tageszeitungen hinausgehend muß das Wochenblatt noch eine andere sehr wichtige Aufgabe erfüllen. Die Lokale Ereignisse einer Reihe von Orten, wie z. B. von Hollenstein bis Ulmerfeld, müssen mit größter Genauigkeit und Regelmäßigkeit verzeichnet werden. Dazu ist die Mitarbeit dieser Gemeinden unerlässlich. Eine weitere wichtige Aufgabe erstet dem Wochenblatt in der Verbreitung der amtlichen Nachrichten und der Inserate, die nur für eine begrenzte Gegend von Interesse sind. In diesem Wust von Aufgaben, Einsendungen, Nachrichten, Partei- und persönlichen Wünschen sitzt der Redakteur und versucht, einen klaren Überblick über das immer wechselnde Material zu gewinnen, er versucht, getreu dem Untertitel seiner Zeitung, einen versöhnlichen Weg für das Parteienleben der Umgebung zu finden, er versucht daher, trotz der Mannigfaltigkeit des Inhaltes, seiner Zeitung den individuellen Stempel seiner Persönlichkeit zu geben. P.

anderen Parteien. Unter dem Druck der anderen politischen Parteien mußten die Sozialisten in Österreich von der politischen Bühne abtreten. Nicht, weil wir schmutzige Hände hatten, sagte der Redner, sondern wir mußten weichen, weil wir damals noch zu wenig revolutionär waren. Der von Hitler-Deutschland heraufbeschorene Krieg ist nun zu Ende. Österreich ist wieder frei und wir haben wieder die Aussicht, selbständig zu werden. Nun tritt die sozialistische Bewegung neuerlich auf die politische Bühne, aber nicht, um wieder abzutreten. Der sozialistische Gedanke hat nicht abgewirtschaftet, trotzdem alle Regime nichtsozialistischer Art in den vergangenen zwanzig Jahren stets den Deckmantel des Sozialismus annahmen, um im Volke Anklang zu finden. Es ist erwiesen, daß sie keinen sozialistischen Charakter hatten, sondern daß es nur Halbheiten waren. Wie lebendig und wahr die sozialistische Idee ist, beweist uns die letzte Zeit. In der ganzen Welt setzt sich die sozialistische Idee durch. Der Nationalsozialismus hingegen hat die Masse nur ergriffen, doch durchdringen konnte er diese nicht. Der Hitler-Faschismus hat die demokratische Verfassung, wie sie das österreichische Volk braucht, abgewürgt. Das Recht auf die Mitbestimmung im Staate, in der Wirtschaft und in der Industrie, öffentliches Wahlrecht, Herabsetzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche hatte sich der Sozialismus zur Aufgabe gestellt und diese auch gelöst. Im neuen Österreich, sagte Gen. Gruber, ist eine enge Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parteien unbedingt erforderlich, um einen erfolgreichen Wiederaufbau Österreichs zu gewährleisten. Dazu müssen alle fest mit Hand anlegen, um diese gewaltige Arbeit schaffen zu können. Wörtlich sagte er: „Keiner darf aus der Reihe tanzen, jeder hat mitzutun an dem Aufbau! Da gibt es keinen Streit und keinen Hader.“ Wir Sozialisten haben schon 1918 für einen Staat gekämpft, wie er jetzt aufgebaut werden muß. 1934 haben wir uns auf die Barrikaden gestellt, um das demokratische Österreich zu verteidigen. 1945 waren wir wieder die ersten, die an der Front standen, um einen solchen Staat zu schaffen. Wir haben nun dafür zu sorgen, daß die politischen Kämpfe nur akademisch bleiben, d. h. nur mit Worten ausgetragen werden und nie wieder mit Prügel. Wir müssen stark genug sein, um nie wieder ein 1934 zu erleben. Gen. Gruber ließ auch keinen Zweifel über die Stellungnahme der SPÖ zu den Bauern offen. Er führte aus, daß die soziale Frage im Grunde genommen eng verbunden mit dem Bauernstande ist und daß sie zum Großteil sogar aus ihm hervorgeht. Die eigene Scholle eines Bauern konnte nicht alle seine Kinder ernähren, so konnte z. B. nur eines den Hof des Vaters übernehmen, ein zweites durch Einheirat versorgt werden und die anderen mußten ein Handwerk erlernen oder in die Fabrik gehen. Dies war der Grund, warum gerade diese Menschen eine Verwirklichung der sozialistischen Idee so sehr erstrebten. Darum müssen wir alle, sei es jetzt Bürger, Arbeiter oder Bauer, solange wir den harten Kampf ums Dasein kämpfen müssen, nach dem Grundsatz handeln:

Gruppe sind, ist klar. Sie kommen herein und haben manche Schlacken des Nazi-Systems an sich; ordinäres gegenseitiges Schimpfen darf einen nicht wundern. Das Überschreien-Wollen ist sehr unangenehm; der größte Schreier glaubt sich damit am besten durchsetzen zu können. Man muß ihm beibringen, daß die Leistung und die gegenseitige Hilfe das Entscheidende ist und nicht das Lautsein. So gibt es beim Kinde viel Kleinarbeit zu leisten, die sich dann späterhin im guten Sinne bezahlt machen wird, wenn das Kind erwachsen ist, wenn vom erwachsenen Menschen eine gute Leistung gefordert wird, wenn die Einordnung als guter Staatsbürger verlangt wird, wenn der Beitrag zur Gemeinschaft gefordert wird. Erfreulich ist es, wenn am Schluß des Nachmittags die Erzieherin verlangt, daß zwei oder drei Kinder zurückbleiben und helfen sollen, das Heim in Ordnung zu bringen, daß sich jedesmal einige Kinder freiwillig melden und helfen wollen. Auch dieses Verlangen ist ein Stück Erziehungsarbeit, auch diese kleinen Arbeitsleistungen helfen mit zum moralischen Aufbau unserer Kinder, helfen mit, ein gedeihliches Gemeinschaftsleben zu erzielen. Bichler.

Abonnements für die Tageszeitung „Österreichische Volksstimme“ werden bei der KPÖ, Gebietsleitung Waidhofen a. d. Ybbs, Obere Stadt 14, entgegengenommen.

Neue Spielzeiten im Kino: 4 Uhr nachmittags und 7 1/2 Uhr abends. Um Störungen zu vermeiden, wird um rechtzeitiges Erscheinen dringendst ersucht.

Bücherrückgabe in der Stadtbibliothek. Ein großer Teil der ehemaligen Leser der Stadtbibliothek hat die entliehenen Bücher zurückgestellt. Wer dies aus irgendeinem Grunde noch nicht getan hat, möge dieses Versäumnis unbedingt in den nächsten Tagen nachholen. Auch der Verlust von Büchern ist zu melden. Name und Adresse aller Entleiher sind bekannt. Wer Bücher von Geflüchteten usw. übernommen hat oder weiß, wo sich solche Bücher befinden, wird ersucht, die Rückgabe durchzuführen oder sie zu veranlassen. Jeder, der hier Ordnung hält, erfüllt seine Pflicht, leistet einen bescheidenen Beitrag zum Wiederaufbau und beweist Gemeinschaftssinn, denn die Bibliothek soll baldmöglichst wieder eröffnet werden. Die Dienststunden für die Bücherrückgabe sind aus den Anschlägen an der Amtstafel im Gemeindeamt und an der Eingangstür des Bürgerspitals ersichtlich.

Der kommissarische Leiter.

Böhlerwerke

2. Mitgliederversammlung der KPÖ-Ortsgruppe Böhlerwerk. Am 9. ds. fand im Werkheim die 2. Mitgliederversammlung der KPÖ statt. Unter den Gästen befand sich auch der Herr Stadtkommandant von Waidhofen a. d. Ybbs. Genosse Grosser eröffnete die

Versammlung, begrüßte alle aufs herzlichste und gab dann Genossen Sulzbacher das Wort. Zum zweiten Male, so führte Genosse Sulzbacher aus, spreche er nun in Böhlerwerk zu den Mitgliedern der KPÖ. Heute soll das Thema Wirtschaft und Politik auf der Tagesordnung sein. In der Wirtschaftsfrage wies Gen. Sulzbacher immer wieder darauf hin, daß alles unternommen werden muß, um für diesen Winter das Schwerste zu überwinden. Vieles sei ja schon geschehen, aber vieles muß noch getan werden, um endlich einmal sagen zu können, es geht wieder vorwärts. Dazu ist von uns der erste große Schritt unternommen worden, indem das Sofortprogramm aufgestellt wurde. Die Hauptpunkte dieses Programmes lauten: Radikale Säuberung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur von allen Überresten des Faschismus. Entschiedene Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens, aller staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen. Restlose Vernichtung der Machtpositionen des kriegshetzerischen und kriegsschuldigen Großkapitals in Österreich. Verstaatlichung seines in unserem Lande zusammengerafften und zusammengekauften Besitzes. Dieses in die Tat umzusetzen, wird unsere Hauptaufgabe sein. Auf das Politische übergehend, wies Gen. Sulzbacher nochmals auf die großen hervorragenden Leitungen der Roten Armee hin. Nie sollen wir vergessen, daß sie uns durch ihren Heldenmut von dem faschistischen Joch befreit hat. Kurz schilderte er uns auch noch die letzten Stunden vor dem Zusammenbruch, wie das Aktionskomitee in Waidhofen das Amt übernahm. Nur durch das entschlossene Auftreten weniger Genossen blieb Waidhofen vor der Vernichtung verschont. Immer waren es Kommunisten, die gezeigt haben, daß sie zugreifen können, wenn es sein muß. Und das werden wir auch in Zukunft zeigen. Wir können einfach nicht verstehen, daß immer noch Nazibonzen in Amt und Würden sitzen, den Wiederaufbau Österreichs sabotieren und damit ihr Handwerk fortsetzen. Wir können nicht warten, bis wir Gesetze von oben bekommen, denn bis dahin haben wir überhaupt keine Nazis mehr. Es wird wirklich oft schwer und man muß manchmal schon stark nachhelfen, damit sich diese Herren überhaupt noch erinnern können, daß sie einmal Nazi waren. Wir wollen uns nicht von der Rache leiten lassen, es soll ihnen ja nicht Unrecht geschehen, nein, aber Recht muß ihnen geschehen. Zum Schluß ermahnte Gen. Sulzbacher nochmals, immer für die anderen ein Vorbild bei der Arbeit zu sein und nie den Mut zu verlieren, dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo wir alle vereint marschieren für ein freies Österreich.

Volksversammlung der Sozialistischen Partei. Dienstag, den 7. ds., hatte die SPÖ zum ersten Mal die Bevölkerung von Böhlerwerk zur Versammlung geladen. Schon lange vor Beginn stapften

die grauhaarigen Veteranen der hiesigen Arbeiterbewegung zum Werkheim, um nur ja rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein. 7 1/2 Uhr abends. Kein Sessel war mehr frei! Die Querbalken der Kleiderständer wurden bereits als Notsitze verwendet. Noch immer neuer Zuzug von Versammlungsteilnehmern. Ganz Böhlerwerk und Umgebung war auf den Beinen und — in der Versammlung. Plötzlich die Rufe: „Unsere Jungen! Unsere Roten Falken!“ Ein Halserecken und Erheben von den Sitzen, als von der Straße her das Lied „Wir sind jung...“ aufklingt. Es war ein schönes Bild, als Buben und Mädchen mit blauen Blusen und roten Halstüchern in den Saal einrückten und sich mit den roten Fahnen der SPÖ auf der Bühne gruppierten. Die Roten Falken und die Sozialistische Jugend sangen, schon gut eingeschult, unsere alten, ewig neuen Lieder „Wir sind jung...“ und „Der kleine Trompeter“. Manch älterem Genossen war da plötzlich etwas ins Auge geflogen, das er ganz verstoßen herauswischte. Gen. Heinrich Moises begrüßte die Versammlung, den Kreishauptmann Gen. Gruber, Bürgermeister Gen. L. Weber und andere erschienene Genossen. Gen. Moises erteilte dann dem Kreishauptmann Gen. Gruber das Wort. Dieser sprach ausführlich, für alle verständlich, über den Sozialismus in Österreich, von seiner Entwicklung, dem Kampf und langsamen, aber stetem Emporstieg bis zum Weltkriege; nach der Zeit des ersten Weltkrieges von den Erfolgen und Schöpfungen der sozialdemokratischen Partei; endlich von dem Abwürgen der Arbeiterbewegung im Jahre 1934 durch die erstarkenden faschistischen Strömungen innerhalb der

Volkssolidarität Waidhofen a. d. Ybbs und Zell

Waidhofner! Gebt und sammelt für die Volkssolidarität!

Die Sammlung findet in der Zeit vom 20. August bis 3. September 1945 statt. Das Lokal befindet sich im Geschäft Pöschacker, Freisingerberg 1 und Oberer Stadtplatz 26, Fernruf 23; Amtsstunden an jedem Werktag außer Samstag von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr. Sparkassen-Konto 16. Alle gespendeten Sachen, wie Möbel, Kleider und Wäsche, sind in diesem Lokal abzugeben. Alle zur Sammlung berechtigten Personen haben einen Ausweis.

Zeigt eure Solidarität mit den Opfern des Naziregimes, zeigt, daß ihr bemüht seid, Schäden gutzumachen, Wunden zu heilen!

Der Vorsitzende der Volkssolidarität Waidhofen a. d. Ybbs und Zell:

Alois Korn

Für die ÖVP.	Für die KPÖ.	Für die SPÖ.
Sylvesier Breier	Johanna Rameis	Franz Korbel

Volkssolidarität Waidhofen a. d. Ybbs und Zell

Buchenwald!

239.000 Insassen von 1937 bis 1945
52.000 Tote, davon
34.500 durch Totenscheine der SS belegt; von
7.200 russischen Kriegsgefangenen allein wurden die Kleidungsstücke gefunden.

Buchenwald!

Rund um die Goethe-Eiche befand sich das Lager. **Goethe** hat dort seine großen Werke geschaffen, hat dort mitgeholfen, Deutschland zu einer Kulturnation zu machen. **Hitler** hat dort all dies wieder zerstört!

7 Jahre war **Erich Fein**, ein Wiener, in diesem Lager; er wird euch davon erzählen am

Samstag den 18. August 1945 um 18 Uhr im Kinosaal

Kommt und hört einen Augenzeugen von den Methoden der Hitlerbestien. Die Nazi wollen euch jetzt einreden, daß dies alles nicht wahr sei; so sollen sie den Mut aufbringen und sich dies anhören. Kommt und hört die Wahrheit!

Österreichische Volkspartei

Kommunistische Partei Österreichs **Sozialistische Partei Österreichs**

„Laßt uns fest zusammenhalten, denn in der Eintracht ist die Macht“. Gen. Gruber hob hervor, daß es notwendig ist, uns in irgendeiner politischen Partei zu organisieren. Er berichtete von einer kürzlich in Amstetten stattgefundenen Zusammenkunft höherer alliierter Militärs, bei der ein hoher amerikanischer Offizier u. a. sagte: „Wir verlangen vom österreichischen Volk, daß es sich politisch und wirtschaftlich organisiert, sich ralliiert. Jene, die sich nicht organisieren, werden als Faschisten betrachtet. Ich weiß, daß der österreichische Demokrat ist! Wenn das Volk den Beweis liefert, daß es demokratisch denkt, werden die Leiden für das Land kurz sein, ansonsten wird die Besetzung lange dauern.“ Es ist wohl anzunehmen, daß dies nicht allein die persönliche Meinung des hohen amerikanischen Offiziers ist, sondern die des ganzen amerikanischen Volkes. Wir Sozialisten werden eifersüchtig darüber wachen, daß am Aufbau jeder mithilft, um in eine bessere und friedlichere Welt zu kommen. Es sprachen ermunternde und beherzigende Worte Bezirksjugendführer Gen. Hans Lengauer, Bezirksjugendführerin Gretl Zauner. Das Schlußwort sprach unser altbewährter Bürgermeister Gen. L. Weber. Klar und eindeutig wie immer ermahnte Gen. Weber die Absichtstehenden, nicht die Hände in den Schoß zu legen. Er forderte alle auf, mitzuarbeiten. Diejenigen, die nicht guten Willens wären, würde man als Saboteure betrachten und demgemäß energisch vorgehen. Schließlich gab er seiner Freude über den guten Besuch der Versammlung Ausdruck und dankte seinen Vorrednern für ihre Ausführungen. Die Versammlung bewies, was wir immer wußten, Böhlerwerks Bevölkerung ist trotz elfjährigen Parteiverbotes sozialistisch geblieben. R.

Ybbsitz

Geburt. Am 9. ds. wurde die Köchin Maria Wöhrenschimel, Haselgraben 38, von einem Mädchen Roswitha entbunden.
Kinderaktion der FÖJ. Wien. An die Gemeinde Ybbsitz! Nach sechs harten Kriegsjahren ist es der Roten Armee und den alliierten Kräften gelungen, den Naziterror zu brechen. Wir haben in der Stadt gesehen, daß es auf dem Lande an Arbeitskräften fehlt, wir haben gesehen, daß die Ernte in Not ist und haben sofort Männer aufs Land geschickt. Sie befinden sich heute längst im Ernteinsatz. Auch von der Jugend befinden sich heute ungefähr 70 Prozent im Ernteinsatz. Durch Krieg und Nachkriegszeit haben aber die Jugendlichen unter 14 Jahren besonders zu leiden. Die Kinderaktion der FÖJ. schickte Leute hinaus in die Dörfer, die bei den Bauern um Erholungsplätze für bedürftige Kinder suchten. Die Bauern haben Verständnis für die Not der Kinder

gezeigt und haben vielen Kindern die notwendige Erholung ermöglicht. „Stadt und Land Hand in Hand.“ So ist es und so soll es bleiben. Ich bin von der Stadtleitung Wien der FÖJ. beauftragt worden, mit 38 Kindern nach Ybbsitz zu fahren. Manche werden sich noch im unklaren sein, was FÖJ. heißt. Wir sind eine antifaschistische Jugend von Österreich und haben mit einer politischen Partei nichts zu tun. Die Ybbsitzer werden in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, Heim- und Spielabende zu besuchen. Ich bin der festen Überzeugung, daß auch hier in Ybbsitz bald eine FÖJ. gebildet wird, genau so, wie es in den Dörfern im Burgenland, in Niederösterreich und in Steiermark schon der Fall ist. Zum Schlusse möchte ich allen Ybbsitzern im Namen der Stadtleitung Wien, im Namen der Jugendlichen und ihrer Eltern meinen herzlichen Dank aussprechen für die freundliche Aufnahme. Jung frei!

Der Lagerleiter von Ybbsitz:
P. O.

Todesfall. Am 6. ds. starb im Alter von 16 Jahren Fr. Anna Teufl, Kleinprolling 4, Bauernhaus Mitterlehen.

Hollenstein a. d. Ybbs

Kundgebung der österreichischen Volkspartei. Am Sonntag den 19. ds. findet in Großhollenstein eine Kundgebung der österreichischen Volkspartei statt. Beginn 10 Uhr auf dem Dorfplatz. Es spricht der Bezirksleiter Dir. Ing. Walter Hanl. Bei schlechter Witterung findet die Kundgebung im Gasthof Edelbacher statt.

Werbefahrt der ÖVP. ins Ybbstal. Eine heitere Reise mit dem Steyr-Baby der ÖVP. Amstetten wurde am Sonntag den 29. Juli von Waidhofen aus in das Ybbstal unternommen. Schon in aller Früh erweckte unser Parteiwagen in der Stadt Aufsehen. Nach einer kleinen Reparatur wurde die Reise angetreten. Es galt, die bereits provisorisch konstituierten Ortsleitungen der Österr. Volkspartei in Ybbsitz und im Ybbstal zu besuchen. Von Amstetten beteiligten sich an der Reise die Herren: Praster, Pressereferent, und Atzmüller als Chauffeur. Von Waidhofen die Herren Hitzhammer, Bezirkssekretär der Bauernkammer, Herr Seisenbacher, Sekretär der Bauernkammer Waidhofen, und Herr Sengseis, Sekretär der Bezirksleitung Waidhofen. Nach einem kleinen Besuch bei der Ortsleitung Ybbsitz ging die Reise weiter über Prolling und Große Kripp nach St. Georgen a. R. Es war eine wirklich herrliche, sonnige Fahrt, die die Reisegesellschaft über die Höhen in das Ybbstal brachte. In St. Georgen a. R. erwarteten die Vertreter unserer Partei der bereits provisorisch gebildete Ausschuß der Österr. Volkspartei von St. Georgen a. R. im Gasthaus Fallmann. Nach einer kurzen und zweckmäßi-

gen Ansprache des Herrn Pressereferenten Praster über den Aufbau unserer Österr. Volkspartei wurde die Ortsleitung wie folgt konstituiert: Ortsobmann Herr Johann Fallmann, Obmannstellvertreter Balthasar Sonnleitner, Kassier und Schriftführer Kajetan Krenn, Obmann des Bauernbundes Franz Hager, Obmann des Wirtschaftsbundes Johann Fallmann, Obmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes Kajetan Krenn. Von St. Georgen ging es dann weiter nach Großhollenstein. Das Auto fuhr beim Gasthof Edelbacher vor und wurde auch hier von einer ansehnlichen Anzahl von Männern des auch hier bereits gebildeten provisorischen Ausschusses der ÖVP. empfangen. Erfreulicherweise war auch die Jugend sehr stark vertreten. Die Österr. Volkspartei wurde auch hier durch ihre Bezirksleitung konstituiert und der Ausschuß wie folgt festgelegt: Obmann Herr Doktor Franz Gemeiner, Kassier Franz Gratzner, Schriftführer, Organisationsleiter und Obmannstellvertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes Franz Steinauer, Obmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes Johann Kriffter, Obmann des Wirtschaftsbundes Josef Steindl, Obmann des Bauernbundes Engelbert Lengauer, Führer des Österr. Jugendbundes Franz Schneckenleitner, dessen Stellvertreter Alois Afleiner und Hermann Gemeiner. Opponitz zu besuchen, das auch noch in unserem Plan gelegen wäre, war leider wegen eines Autodefektes nicht mehr möglich. Die Ybbstaler werden es schaffen. Es sind durchwegs markige Gestalten von echtem Österreicherum. Wenn sie einmal anpacken, dann gibt es kein Nachgeben. Sie sind richtige Österreicher und verbürgen für eine tatkräftige Mitarbeit am Neuaufbau Österreichs.

Biberbach

Sterbefall. Am 7. ds. starb Frau Theresia Alberer, Bäuerin am Rechten Nr. 134, im Alter von 70 Jahren.

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Realschule in Waidhofen a. d. Ybbs Kundmachung

Das Schuljahr 1945/46 beginnt Montag, den 10. September 1945.

Die Anmeldung für die erste Klasse der Realschule findet ab 3. September 1945 täglich an Wochentagen von 9 bis 11 Uhr statt.

Zur Einschreibung haben die Schüler bzw. Schülerinnen mit ihren Eltern oder deren Stellvertretern in der Direktionskanzlei zu erscheinen. Dabei ist ein vollständig ausgefülltes Ständesblatt, eine Anordnung betreffs der Aufsicht (Vordrucke sind beim Schulwart erhältlich), der Geburts- bzw. Taufschein und der Heimatschein mitzubringen. Bei der Leitung der zuletzt besuchten Schule ist die Einsegnung der Schülerbeschreibung zu veranlassen.

Eine Aufnahmeprüfung entfällt, jedoch erfolgt die Aufnahme nur probeweise.

Für die Aufnahme in die höheren Klassen gilt bezüglich des Anmeldetermines und der mitzubringenden Dokumente dasselbe wie für die Aufnahme in die erste

Klasse. Außerdem sind sämtliche Jahreszeugnisse der bisher besuchten Klassen vorzulegen.

Bezüglich des zu zahlenden Schulgeldes liegen noch keine Weisungen vor. Bisher betrug dasselbe 90 RM. jährlich. Mittellose Schüler können um Ermäßigung des Schulgeldes ansuchen.

Mit der Realschule ist ein Schülerheim verbunden. Dieses nimmt Schüler aller Klassen der Realschule auf. Die volle Platzgebühr betrug bisher 600 RM. jährlich und war in 10 Monatsraten zu zahlen. Nähere Auskünfte erteilt die Heimleitung.

Waidhofen a/Y., 10. August 1945.
Die Realschuldirektion.

ANZEIGENTEIL

OFFENE STELLEN

Notar in Gaming sucht geschulten Notarsgehilfen oder Gerichtsbeamten. 2376

Schuhmachergehilfe wird sofort aufgenommen. Josef Habitzl, Schuhmachermeister, Zell a. d. Ybbs, Burgfriedstraße 13. 2360

Tüchtige Tischlergehilfen werden jederzeit aufgenommen von Fa. Bene, Möbelfabrik und Bautischlerei, Waidhofen a. d. Y. 2431

Verlässliche Frau tagsüber zu zwei Kindern im Alter von 3 und 4 Jahren gesucht. Hat außerdem den gesamten Haushalt zu führen. Kost und Wohnung nach Übereinkommen. Angebote an die Verwaltung des Blattes. 2425

VERSCHIEDENES

Verlässlicher abgebauter Industriebeamter sucht unter bescheidenen Ansprüchen ganz- oder halbtags Kanzleibeschäftigung, mit Buchhaltung, Korrespondenz, Lohnverrechnung etc. bestens vertraut. Sozialabgaben entfallen bei Pensionisten. Prima Referenzen vorhanden. Anfragen unter „Werktag Nr. 2427“ an die Verwaltung des Blattes. 2427

Jüngere Kanzleikraft sucht Stelle in Waidhofen oder nächster Umgebung. Auskunft in der Verwaltung des Blattes. 2430

Gärtner, ledig, 37 Jahre, 1,72 groß, wünscht die Bekanntschaft einer netten Frau bis 35 Jahre zwecks Heirat. Wohnung erwünscht, Witwe mit Kind nicht ausgeschlossen. Bitte Photo beilegen. Zuschriften an die Verwaltung des Blattes erbeten. 2426

Gut aussehender 30jähriger Mann, 1,69 groß, intelligent und gewandt, wünscht Geschäftsbesitzerin (auch Witwe), nicht über 30 Jahre, zwecks Ehe kennenzulernen. Zuschriften an die Verwaltung des Blattes. 2433

Die Kanzlei des Helfers in Buchführungs- u. Steuer-sachen Karl Saß

befindet sich ab 15. Juli 1945 in Amstetten, Hauptplatz 11 (Lagerhaus Schmid).

Die Österreichische Volkspartei gibt bekannt, daß die Bezirksleitung Waidhofen a. d. Ybbs in ihrem Parteihaus, Ybbsitzerstraße 18, jeden Dienstag von 11 bis 12 Uhr, im Verhinderungsfalle jeden Mittwoch von 11 bis 17 Uhr

unentgeltliche Rechtsauskünfte an bedürftige Mitglieder der ÖVP. gewährt. Erstmals wird am 21. August damit begonnen werden.

Guterhaltenes Kindersportwagen! mit fester Gummibereifung wird gegen gutes elektrisches Bügeleisen, 120 Volt, zu tauschen gesucht. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 2421

Ich kaufe dringend für Lebensmittelgeschäft Motorrad ev. mit Beiwagen, automatische Waage, Registrierkasse, elektr. Kühlschrank (220 Volt), Photoapparat und Fahrrad. Schreiben Sie an die Verwaltung des Blattes unter Nr. 2422. 2422

Schönes Einfamilienhaus zu kaufen gesucht. Angebote unter Nummer 2423 an die Verwaltung des Blattes. 2423

Zwei Paar Kinderschuhe Nr. 34, gut erhalten, gegen ebensolche Nr. 36 zu tauschen gesucht. Weinrich, Waidhofen a. d. Ybbs, I. Rinnrotte 52. 2424

Hohe Kinderschuhe Gr. 27, gut erhalten, gegen gut erhaltene Kinderhalbschuhe Gr. 31 zu tauschen gesucht. Anschrift in der Verwaltung des Blattes. 2432

Hand-Brückenwagen, fast neu, gegen Leiterwagen zu tauschen gesucht. Hermine Lengauer, Waidhofen a. d. Y., Prechtlgasse Nr. 2. 2407

Briefmarken, Doubletten einer großen Sammlung, günstig zu verkaufen: 100 Stück verschiedene Deutsches Reich, Österreich, Ungarn u. a. RM. 8.50+50 Pfg. Porto, Bessere Auswahl 100 St. RM. 12.50 bis RM. 40.—. Sondermarken und Neuheiten nach Anfrage. Näheres bei Hans Scharawöger, Waidhofen a. d. Y., Ybbsitzerstraße 102. 2428

Herren- und Damenfriseurgeschäft, gut eingerichtet, sofort zu kaufen oder pachten gesucht. Zuschriften unter „Neues Österreich“ an die Verwaltung des Blattes. 2380

Kleinere oder mittlere Landwirtschaft zu pachten gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes unter Nr. 2394.

Fleischhauerei mit Selcherei zu kaufen oder pachten gesucht. Kann auch Gasthaus dabei sein. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 2395

Guterhaltenes Herren-Fahrrad gegen ebensolche Nähmaschine zu tauschen gesucht. Wertausgleich. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 2398

Tausche für Damen-Schnürschuhe Nr. 38 bis 39 einen Kochofen oder Zimmerofen oder Herren-Arbeitschuhe Nr. 43½. Adresse in der Verw. d. Bl. 2409

Kaufe Abriechtobelmaschine, 400 bis 600 mm Breite, oder Abriecht-Dickten-Hobelmaschine, auch kombiniert mit Fräse und Säumsäge. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 2410

Lebensmittelrationen für Normalverbraucher in der 79. Zuteilungsperiode

Die Rationen der 78. Zuteilungsperiode werden mit wenigen Ausnahmen in der 79. Zuteilungsperiode beibehalten.

Kartenart	Fleisch		Butter*		Brot			Nährmittel	Zucker	Topfen	Kaffee-Ersatz	Kinder-Stärke				
	100	50	60	70	100	110	1000									
Erwachsene	7-12	1-6 13, 14	19-21	22	-	-	33, 34	25-27	35	36	31 32	38	-	44	37	-
Jugendliche	7-12	1-6 15, 16	13, 14	-	-	19-21	22	33-35	25-27	36	31 32	38	39	44	37	-
Kinder	7	1-6	-	22	19-21	-	33	-	-	-	31 32	8	-	11	37	12

* Auf die kleinen 5-Gramm-Fettabschnitte werden, soweit vorhanden, 50 Gramm Kernfett ausgegeben.

Verbraucher, die im Gasthaus essen, müssen die 5-Gramm-Fettabschnitte auf der Kartenstelle abstempeln lassen; dafür werden die Nummern 19, 20, 21 entwertet. Für die abgestempelten 5-Gramm-Fettmarken wird kein Kernfett ausgefolgt.

Als Ausgleich für die gekürzte Brotmenge erfolgt eine entsprechende Zuteilung von Kartoffeln. Näheres über die Kartoffelausgabe wird in der nächsten Folge bekanntgegeben.